

# ÖKOSTEUER-NEWS 2 – SEPTEMBER 2001

---

## NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOLOGISCHEN STEUERREFORM

### FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

Brienner Str. 44 80333 München <http://www.foes-ev.de>  
Fon 089/520113-13 Fax 089/520113-14 [foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.  
und mit finanzieller Förderung von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt.\*

Da die Förderung nur einen Teil der Kosten abdeckt, sind wir auf Spenden unserer  
Leser dringend angewiesen (Spendenkonto: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 37 40).

\*Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung  
privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

---

### Inhalt dieser Ausgabe

1.	EDITORIAL .....	1
	SONDERTHEMA: BONNER KLIMAKONFERENZ.....	4
2.	ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND.....	11
3.	ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL .....	16
4.	AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER.....	23
5.	WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN .....	24
6.	BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER.....	33
7.	KURZMELDUNGEN .....	36
8.	SERVICE: JOBS.....	37
9.	SERVICE: LINKS.....	37
10.	SERVICE: VERANSTALTUNGEN.....	39
11.	FÖS: IN EIGENER SACHE .....	41
12.	BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE .....	42

---

## 1. EDITORIAL

### *Liebe Freunde der Ökologischen Steuerreform und des FÖS! (AK)*

Erst die zweite Ausgabe und schon eine Neuerung: der Newsletter erscheint jetzt in Zusammenarbeit mit dem BUND. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Matthias Seiche und Lars Büthe vom BUND, die dort für die Ökologische Steuerreform zuständig sind. So können wir Ihnen noch mehr selbstgeschriebene Beiträge bieten und ein größeres Publikum erreichen. Eine weitere Rubrik ist im Zuge dieser Zusammenarbeit hinzugekommen: „Nachrichten und Kommentare des BUND“, in der unter anderem über die Aktionen des BUND zur Steigerung der Akzeptanz der ÖSR berichtet wird. Gleich zu Beginn diskutieren Matthias Seiche

---

und Dr. Anselm Görres im Leitartikel über die Rolle des FÖS bei der Diskussion um die Zukunft der Ökosteuer.

Diese Ausgabe hat noch etwas besonderes: aus aktuellem Anlaß haben wir eine Sonderrubrik zum Thema „Bonn 2001“ eingerichtet, in der wir über die Klimakonferenz berichten und einige interessante Artikel abdrucken. Auch ein Interview mit unserem Beiratsmitglied Dr. Berz ist enthalten.

Erfreulich für uns war auch, dass uns positive Rückmeldungen zur Erstausgabe erreicht haben. Diese können Sie auszugsweise unter „Beiträge und Reaktionen unserer Leser“ nachlesen. Vielen Dank für Ihr Feedback – jetzt hoffen wir, dass Ihnen auch die zweite Ausgabe gefällt!

Wir freuen uns, wenn Sie unseren Newsletter an potentielle Interessierte weiterleiten oder sie darauf aufmerksam machen.

Viel Spass bei der Lektüre wünscht das FÖS-Team!

### ***Rot-grüne Aussitzer gefährden Ökosteuer-Zukunft - der FÖS sollte dazu nicht vornehm schweigen (Matthias Seiche – BUND)***

In einem Gespräch mit Finanzstaatssekretär Prof. Heribert Zitzelsberger vertrat der FÖS-Vorstand die "Einschätzung, dass derzeit weder grundlegende Änderungen der bestehenden Ökosteuer-Gesetze noch eine konkrete Diskussion der Fortführung ab 2004 Priorität haben" (Ökosteuer-News 1/2001). Dahinter steht die selbst auferlegte Beschränkung, die Debatte momentan nicht weiter anzuhetzen, um der Fundamentalopposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Diese Strategie könnte aber ungewollt zur vorzeitigen Aufgabe des Ökosteuer-Projektes führen. Die ökologische Steuerreform steht bisher keineswegs auf so sicherem Fundament, dass man nur die stürmischen Wahlkampfzeiten im Jahr 2002 unter Deck abzuwarten bräuchte, um anschließend die Reform wieder mit voller Kraft voraus fortsetzen zu können.

Deshalb, lieber FÖS-Vorstand, lasst uns nicht vornehm schweigen, sondern engagiert streiten!

Seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition haben die Ökosteuer-Gegner das Projekt in der öffentlichen Auseinandersetzung Stück für Stück demontiert. Noch steht die Gesetzgebung bis 2003. Aber die Mehrheit der SPD ist zur Zeit gegen eine Fortsetzung über 2003 hinaus und ist auch nicht bereit, sich öffentlich für die Reform ins Zeug zu legen. Gerhard Schröder hat sich im Laufe dieses Jahres mehrfach gegen die Fortführung nach 2003 ausgesprochen und Franz Müntefering plant, die langfristige Ökosteuer-Absage auf dem nächsten SPD-Parteitag beschließen zu lassen. Ein Abschwören von der Ökosteuer als Wahlkampfversprechen wäre das Schlimmste, was der Reform zur Zeit passieren könnte. Vor diesem Hintergrund wäre Zurückhaltung seitens der Ökosteuer-Befürworter kein Signal der Stärke, sondern eher der Schwäche.

Dieser Appell ist vor allem auch an die rot-grünen Politiker/innen gerichtet. Niemand erwartet schon jetzt konkrete Pfennigbeträge für die Ökosteuer-Stufen ab 2004. Aber klare Aussagen, dass auch die Benzinpreise langfristig weiter steigen müssen, dass die Bemessungsgrundlage verbreitert werden muss, die Ermäßigungen für die Industrie einzuschränken sind und die ökologische Lenkungswirkung erhöht werden sollte, solche Aussagen kann man von engagierten Umweltpolitiker/innen auch in Vorwahlkampfzeiten erwarten. Und dazu gehört auch die öffentliche Auseinandersetzung mit den Ökosteuer-Gegnern. Still und harmonisch hinter den Kulissen wird sich die ökologische Steuerreform niemals zu einem Konsensprojekt entwickeln.

Mitte August bot die an sich deprimierende Meldung der Rentenversicherer, dass sich die geplante Senkung des Rentenbeitrages mit der nächsten Ökosteuer-Stufe zum 1. Januar 2002 voraussichtlich nicht realisieren lasse, einen guten Anlass für eine nach vorne gerichtete Debatte. NABU-Präsident Jochen Flasbarth nutzte die Aufmerksamkeit für seinen Vorschlag, anstelle der Rentenbeiträge die Einkommen- und Unternehmensteuern zu senken. Michael Müller (SPD) und Christine Scheel (Bündnis 90/Die Grünen) kommentierten diese Variante positiv und beriefen sich auf eine Äußerung Schröders, der im April 2001 zu einem "Ideenwettbewerb" zur Verbesserung der Öko-Steuerreform aufgerufen hatte. Das Dementi von Franz Müntefering kam zwar prompt. Trotzdem sollten die Politiker/innen solche Debattenvorstöße immer wieder wagen. Ohne Risiko gibt es keine Chancen! Hinter den Kulissen ist viel Überzeugungsarbeit nötig, damit ein negativer SPD-Parteitagsbeschluss zur Ökosteuer noch verhindert werden kann. Diese Überzeugungsarbeit ist aber nur mit öffentlicher Begleitmusik in den Medien wirksam. Wenn es gelingt, dass unter der Überschrift Ökosteuer wieder über Zukunftsperspektiven und nicht nur über das Auf und Ab der Benzinpreise berichtet wird, dann hat die Reform wieder eine Chance.

**Lieber Matthias Seiche,**

es ist nur recht und billig, dass wir die erste Ausgabe unseres Newsletters, an der auch der BUND schon beteiligt ist, mit einer kleinen internen Strategiediskussion eröffnen. Für Deinen kritischen Beitrag herzlichen Dank, er scheint mir aber im Wesentlichen auf einem Missverständnis zu beruhen.

Denn nicht an die Ökosteuerbefürworter, sondern vor allem an die SPD richtete sich der Wunsch, die Weiterentwicklung der ÖSR nach 2003 wenigstens nicht zu blockieren. Wir vom FÖS, genauso wie BUND und viele andere, die für die ÖSR eintreten, werden weiterhin klar und deutlich fordern: Die ÖSR soll und muss auch 2004 fortentwickelt werden, wir wollen einen stetig wachsenden Anteil von umweltbezogenen Abgaben am gesamten Abgabenaufkommen, wir haben unserem Prinzip der behutsam, aber stetig wachsenden Steuersätze niemals abgeschworen.

Was aber die SPD angeht, so trauen wir ihr derzeit nicht den Mut zu, sich klar und deutlich zu einer Fortsetzung der Ökosteuer zu bekennen. Wir können dem Parteitag schwerlich empfehlen, was er beschließen möge. Im Augenblick hielten wir es aber schon für einen großen Erfolg, wenn der SPD-Parteitag im November der Fortgang der Ökosteuer nach 2003 immerhin offen ließe.

Das Positionspapier („Keine Blockade der Ökosteuerfortentwicklung ab 2004, stattdessen besseres Marketing der geltenden Ökosteuer Gesetze“), das wir aus Anlass eines Gesprächs mit Finanzstaatssekretär Prof. Dr. Heribert Zitzelsberger formuliert und anschließend vereinsintern und über ÖSN1 dokumentiert hatten, sollte keineswegs den Elan der Ökosteuer dämpfen.

Es ging und geht uns aber nicht um die Formulierung unserer eigenen Positionen und Forderungen, die wir weiterhin so beherzt und effektiv wie möglich vertreten und verbreiten wollen, sondern um die Formulierung ebenso konkreter Erwartungen und Forderungen an die Haltung der Koalitionsparteien. Unsere Befürchtungen gelten dabei nicht den Grünen, sie gelten vor allem der SPD. Wenn die Sozialdemokraten sich derzeit – etwa auf ihrem Parteitag im November – auf die Zukunft der ÖSR nach dem 1.1.2004 festlegen würden, käme möglicherweise nichts gutes für die Ökosteuer heraus. Vielleicht sogar nur ein vorzeitiger Beschluss zum Einfrieren: also eine Beerdigung mit Vorankündigung. Um dieses zu verhindern, scheint uns eine bescheidener Forderung diskutabel: Keine vorzeitige Festlegung der SPD, kein frühes Zuschlagen aller Türen. Sind diese einmal zugeschlagen, dürfte es allen Beteiligten auch bei gutem Willen schwer fallen, sie wieder zu öffnen.

So kamen wir zu unserer Aussage: „Vor der Bundestagswahl ist weder mit nennenswerten Änderungen der bis 2003 geltenden Regelungen, noch mit einer vernünftigen Diskussion einer Lösung ab 2003 zu rechnen. Doch gerade unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen der öffentlichen Diskussion erwartet der FÖS von beiden die Regierung tragenden Parteien eine offensive Verteidigung und Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform. Von der Bundesregierung erwarten wir zum jetzigen Zeitpunkt keine detaillierten Vorschläge zu Form und Umfang einer Fortsetzung der Ökosteuer ab 2004. Wir erwarten aber, dass allen Vorschlägen zum Einfrieren oder gar Abschaffen der Ökosteuer entschieden entgegengetreten wird.“ Ist das, wie Matthias Seiche schreibt, „eine selbst auferlegte Beschränkung, die Debatte nicht weiter anzuheizen“? Wir glauben nicht.

Quintessenz also: Der FÖS ist sicherlich der letzte, der den Ökosteuerfreunden Stillhalten und Zurückhaltung nahe legen würde. Die Zeit arbeitet für uns, denn die Klimaprobleme sind weit von einer Lösung entfernt, Kioto-Bonn kann trotz aller Kompromisse eine positive Eigendynamik in Europa entfalten, die Ökosteuer kann mit der Zeit auf größere Akzeptanz hoffen, wenn ihre positiven Wirkungen deutlicher wirken und die angedrohten Cassandra-Effekte ausbleiben. Wenn die Wahl von Rotgrün gewonnen wird, könnte nach der Wahl eine konstruktivere Ökosteuerdebatte anheben.

Dass unsere eigene Position weiter reicht, ist klar. Kein Grund zur Sorge über ein Wackeln des FÖS also, meint

Dein Anselm Görres

**Das Gewissen meldet sich! (AW)**

Andreas Wolfsteiner hat sich Gedanken gemacht, was eine ökologische Clementine den Merkels, Merzes und Westerwelles dieser Welt nachts ins Ohr flüstern würde.

---

Liebe CDU,

hier meldet sich dein Gewissen.

Höre auf deine Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft zu verleugnen!

Höre auf die Ökosteuer aus kurzfristigen parteitaktischen Gründen zu diffamieren!

Ökosteuern entsprechen dem Verursacher-, Verantwortungs- und Marktprinzip.

Wer Umwelt verbraucht soll auch die Kosten dafür tragen und nicht auf die Allgemeinheit abwälzen.

Soziale Abfederung der Ökosteuer würde dir dabei gut zu Gesicht stehen.

Liebe FDP,

hier meldet sich dein Gewissen.

Höre auf deine Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft zu verleugnen!

Höre auf die Ökosteuer aus kurzfristigen parteitaktischen Gründen zu diffamieren!

Ökosteuern verwirklichen maximale individuelle Freiheit ohne die Verantwortung zu vernachlässigen.

Ökosteuern sind ein marktwirtschaftliches Instrument und damit verwirklichen sie Umweltschutz zu geringstmöglichen Kosten. Oder willst du wirklich, dass Umweltschutz weiterhin staatlich geplant wird?

## SONDERTHEMA: BONNER KLIMAKONFERENZ

### *Aufatmen in Bonn (AK)*

Mit viel Jubel, aber auch Kritik an den Kompromissen endete am 23. Juli in Bonn ein zähes Ringen um das Kyoto-Protokoll. Wir fassen die Ergebnisse und Stellungnahmen im Folgenden zusammen.

Auf der Bonner Klimakonferenz wollte Europa einen erneuten Versuch starten, den Kyoto Prozess zu retten, auch wenn sich die USA bereits im Vorfeld vom Kyoto-Protokoll verabschiedet hatten, der 6. UN-Welt-Klimagipfel im vergangenen November in Den Haag ohne Ergebnis abgebrochen worden war und die Chancen für einen Erfolg schlecht standen. Europa als Vorreiter im Kampf für den Klimaschutz sieht sich durch Berichte wie der des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), das für die nächsten 100 Jahre einen Temperaturanstieg von 1,4 bis 5,8 °C voraussagt, bestätigt. Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan mahnte vor Beginn der Klimakonferenz: „Jeden Tag, den wir warten, versündigen wir uns an unseren Nachkommen.“

„Jetzt können wir unseren Kindern in die Augen schauen“, waren die Worte von EU-Umweltkommissarin Margot Wallström am 23. Juli. Nach dramatischen Verhandlungen, die die ganze Nacht dauerten, konnte der Weg für die Ratifizierung der internationalen Vereinbarungen zur Reduzierung der Treibhausgase freige-macht werden. Japan hatte kurz vor dem Scheitern der Konferenz dann doch dem Bonner Kompromiss zugestimmt, wobei die EU bei der Anrechnung der Wälder als Kohlendioxidspeicher bis an die Grenze des Vertretbaren ging. Auf später, also wahrscheinlich das nächste Klimatreffen in Marrakesch, wurde die Klärung verschoben, wie rechtlich verbindlich der Strafkatalog bei Nichterfüllung der Klimaschutzbestimmungen sein wird.

Zu den Zugeständnissen zählen insbesondere die Möglichkeiten, Wälder als Kohlenstoffspeicher anzurechnen und mit Emissionen zu handeln. Wenn alle Staaten ihre Freibeträge durch die Anrechnung von Wäldern wahrnehmen, würde nach Aussage des WWF der Ausstoß von CO<sub>2</sub> nicht um 5,2% im Vergleich zu 1990 zurückgehen, wie es das Protokoll veranschlagt, sondern nur um 1,8%.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin wertet den Bonner Klimagipfel als Durchbruch für den globalen Klimaschutz. "Bonn hat den Weg frei gemacht für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls", sagte Trittin zum Abschluss der rund zweiwöchigen Beratungen. Deutschland und die Europäische Union hätten für den erfolgreichen Abschluss des Bonner Klimagipfels zum Teil schmerzliche Kompromisse machen müssen. "Entscheidend ist jedoch, dass wir nun eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung bekommen, die den weltweiten Ausstoß an Treibhausgasen tatsächlich senken wird. Bonn hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass die internationale Staatengemeinschaft willens und in der Lage ist, die Zukunft unseres Planeten zu sichern."

Umweltschutzorganisationen zeigten sich erleichtert, dass die Konferenz nicht gescheitert ist, bezeichneten

den Kompromiss aber auch als unzureichend oder „Kyoto light“. „Der Kompromiss entspricht weder den wissenschaftlichen Erkenntnissen noch den Hoffnungen der vom Klimawandel Betroffenen in aller Welt“, sagte Dr. Angelika Zahrt, Bundesvorsitzende des BUND.

Der umweltpolitische Sprecher der Grünen, Reinhard Loske, lobte die Vorreiterrolle der EU, mahnte jedoch: „Die internationale Klimadiplomatie kann nur die Langsamfahrspur sein. Deutschland muss sich beim Klimaschutz auf der Schnellspur bewegen. Wir sehen Klimaschutz nicht primär als Bürde, sondern auch als Chance für neue Arbeitsplätze, neue Technologien und neue Exportmöglichkeiten.“

Vetreter der deutschen Wirtschaft haben die Ergebnisse der Bonner Klimakonferenz insgesamt positiv bewertet. Der Bundesverband der Deutschen Industrie forderte die Bundesregierung nun auf, Vorschläge zur Umsetzung der Beschlüsse vorzulegen, da die Wirtschaft zuverlässige Rahmenbedingungen brauche. Auch die Wirtschaftsinitiative „E-mission 55“, ein Zusammenschluss von 144 überwiegend deutschen Unternehmen, die sich für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls einsetzen, äußerte sich positiv, der Durchbruch für den globalen Klimaschutz sei erreicht. „E-mission 55“ betonte vor allem die wirtschaftlichen Potenziale: „Mit Klimaschutz läßt sich viel Geld verdienen.“

### ***"Es droht eine weltweite Völkerwanderung"- Klimaforscher Gerhard Berz über Ursachen und Kosten des Treibhauseffekts***

Berz, 59, studierte Meteorologie und Geophysik und promovierte zum Dr. rer. nat. Seit 1974 ist er Leiter der Forschungsgruppe Geowissenschaften bei der Münchener Rückversicherung, der weltweiten Nummer eins in dieser Branche. Er gehört überdies zahlreichen wissenschaftlichen Gremien an und ist persönlich ein Befürworter der ÖSR, denn „alles andere ist volkswirtschaftlich unredlich“. Dr. Berz ist Mitglied im Beirat des FÖS. Das folgende Interview mit Bolke Behrens erschien in der Wirtschaftswoche NR. 29 vom 12.07.2001 Seite 25.

*Herr Berz, Politiker und Experten streiten über den Treibhauseffekt, der für das Steigen der globalen Temperatur verantwortlich gemacht wird. Stimmen denn die Messungen?*

Daran besteht kein Zweifel. Weltweit hat sich die Temperatur seit 1850 um durchschnittlich etwa 0,6 Grad erhöht und zwar im wachsenden Tempo.

*Ist der Zusammenhang zwischen höherer Schadstoffbelastung und Temperaturerhöhung eine völlig gesicherte Erkenntnis?*

Hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht, aber zu 95 Prozent sind sich die Fachkundigen einig, dass Kohlendioxid und andere Gase die Atmosphäre aufheizen. Alle Gegenargumente sind im IPCC dem UN-Gremium, das sich mit dem Klimawandel beschäftigt gründlich abgeklopft worden. Ergebnis: Nicht stichhaltig. Wer jetzt noch behauptet, die Erderwärmung sei nicht durch den vom Menschen verursachten Treibhauseffekt verursacht, der kommt mir ein bißchen so vor wie jemand, der immer noch glaubt, die Erde sei eine Scheibe.

*Dennoch bestehen Zweifel, ob die Erde sich so schnell erwärmt, wie vorausgesagt nämlich um sechs Grad bis Ende dieses Jahrtausends und ob selbst dies eine Katastrophe wäre.*

Sicher gibt es eine Menge von Rückkoppelungseffekten etwa die Wolkenbildung über wärmer werdenden Ozeanen, sodass die Aufheizung der Atmosphäre auch gebremst werden könnte. Gewiss kann sich auch ein Teil der Pflanzen- und Tierwelt an höhere Temperaturen gewöhnen, teilweise sogar davon profitieren. Das gilt vor allem für den Menschen, etwa in unseren Breitengraden. Aber selbst bei uns wächst die Gefahr, dass es zu dramatischen Ausschlägen kommt. Denn die Häufigkeit von extremen Temperaturen nimmt nicht proportional zu Klimaänderungen zu, sondern exponential. Auf derartige Hitzewellen sind wir überhaupt nicht vorbereitet. Dadurch könnte die Zahl von Erkrankungen und Todesfällen dramatisch steigen und überdies die Infrastruktur, vor allem die Wasserversorgung schwer getroffen werden.

*Dagegen lässt sich Vorsorge treffen.*

Ja aber eben leichter im Norden und in den reichen Ländern. Schon die Mittelmeer-Anrainer werden von immer mehr Hitzewellen gepeinigt. Noch wesentlich härter werden die Entwicklungsländer getroffen, die unter Versteppung der Landwirtschaft und Wassermangel in den immer größer werdenden Megacities leiden.

*Lässt sich das ökonomisch quantifizieren?*

Wir haben es in einer globalen Rechnung versucht. Danach verdoppeln sich die gesamten Katastrophenschäden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Bereits im Jahr 2020 dürften sie bei über 300 Milliarden US-Dollar liegen.

Weit über die Hälfte davon wäre atmosphärisch, also insbesondere durch Klimaänderung bedingt etwa die Zunahme von Sturmschäden und Überschwemmungen von Küstenregionen.

*Wie genau ist diese Rechnung?*

Sie gibt die Dimension an der volkswirtschaftliche Schaden könnte weltweit zwischen etwa 100 und 500 Milliarden Dollar liegen.

*Gemessen am Weltsozialprodukt ist das nur ein winziger Bruchteil.*

Das ist richtig aber für Länder wie etwa Bangladesch könnte der volkswirtschaftliche Schaden durch die Klimaänderung auch 20 und mehr Prozent des Sozialprodukts betragen. Schon jetzt gibt es rund 100 Millionen Umweltflüchtlinge. Weltweite Völkerwanderungen bis nach Europa könnten durch immer größere Naturkatastrophen ausgelöst werden.

*Würde es denn helfen, wenn die Ziele von Kyoto erreicht würden?*

Der Effekt wäre kaum messbar aber trotzdem ein wichtiger, weil symbolträchtiger erster Schritt. Um das Klima zu stabilisieren müsste der Schadstoffausstoß um bis zu 80 Prozent reduziert werden.

*Das erscheint politisch utopisch ...*

... ist aber schon deswegen wirtschaftlich sinnvoll, weil Gas und Öl allmählich zur Neige gehen.

*Die EU will den Unternehmen Energiesparziele vorgeben. Halten Sie das für sinnvoll?*

Ja, mit Branchenvereinbarungen haben wir in Deutschland schon gute Erfahrungen gemacht. Die Wirtschaft hat ja auch erkannt, wie wichtig es im Wettbewerb ist, einen Vorsprung beim Energiesparen und bei der Entwicklung alternativer Energiequellen zu gewinnen.

*Sind Sie ein Anhänger der Ökosteuer?*

Persönlich ja, denn durch die Verteuerung fossiler Energie nimmt die Motivation zum Sparen zu. Außerdem muss endlich begriffen werden, dass Umweltschäden in die Rechnung einbezogen werden müssen. Alles andere ist volkswirtschaftlich unredlich.

*Werden die Amerikaner, die sich bisher gegen alle diese Argumente sperrten, beim Klimagipfel nachgiebiger zeigen?*

Auch die USA werden auf Dauer nicht als Bösewicht beim Klimaschutz dastehen wollen. Präsident George W. Bush kann sich auch nicht mehr damit herausreden, es gäbe keine wissenschaftliche Basis dafür. Die amerikanische Academy of Sciences hat in einem Gutachten der Regierung dringend geraten, die Warnungen der IPCC-Klimaforscher ernst zu nehmen.

### ***Ergebnisse der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention***

Die folgende Zusammenfassung und Bewertung stellt den ersten Teil des Hintergrundpapiers zum Beschluss in Bonn dar, den das BMU-Pressereferat am 1. August herausgegeben hat. Das gesamte Papier können Sie auf der Homepage des BMU (<http://www.bmu.de>) nachlesen (Themen G-N → Klimaschutz → Internationale Klimapolitik → Fortsetzung der 6. Klimakonferenz → Ergebnisse).

Vom 16. bis 27. Juli 2001 fand in Bonn die Fortsetzung der im November 2000 in Den Haag ohne Ergebnis vertagten 6. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention statt. Beteiligt waren rund 5000 Regierungsdelegierte, Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen und Journalisten. Zentraler politischer Erfolg war der „Bonner Beschluss“ („Bonn Agreement“) zur Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls am Ende des fünftägigen Ministersegments vom 19. bis 23. Juli 2001. Der Bonner Beschluss zur internationalen Klimapolitik ist ein historisches Ergebnis: Den Vertragsstaaten – und voran der EU – ist es gelungen, trotz des Ausstiegs der USA und des zögerlichen Verhaltens einiger Staaten, eine Einigung zu erreichen und die Voraussetzungen für die Ratifikation und Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu schaffen. Gleichzeitig gebührt der Bonner Klimakonferenz das Verdienst, dass sie den zuletzt stark in die Kritik geratenen internationalen Klimaverhandlungsprozess wiederbelebt hat. Ein Scheitern der Klimaverhandlungen in Bonn hätte voraussichtlich das Ende für das Kyoto-Protokoll bedeutet, nachdem bereits die Konferenz im November 2000 in Den Haag ohne Ergebnis geblieben war.

Deutschland und die EU haben für diesen Kompromiss einen (umwelt-)politischen Preis gezahlt. Zu den Zugeständnissen von Seiten der Bundesregierung und der EU gehören u.a. die recht weitreichende Anrechnung von Senken, die vage Formulierung bei der Frage, wie stark die Industrieländer ihre Reduktionsverpflichtungen durch Maßnahmen im eigenen Land erbringen müssen sowie die Tatsache, dass über den rechtlichen Charakter der Sanktionen im Falle der Verfehlung des Klimaschutzziels erst auf einer späteren Konferenz

entschieden wird.

Die Konsequenz des Bonner Beschlusses ist, dass die Vertragsstaaten nun in ihren nationalen Parlamenten das Ratifizierungsverfahren für das Kyoto-Protokoll einleiten können. Ziel der Staatengemeinschaft ist es, das Kyoto-Protokoll rechtzeitig zur Weltkonferenz für Nachhaltigkeit im September 2002 in Johannesburg in Kraft treten zu lassen. Dafür müssen bis dahin mindestens 55 Staaten das Protokoll ratifiziert haben, wobei auf diese mindestens 55% der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer von 1990 entfallen müssen. Die Bundesregierung plant, im Herbst 2001 das Ratifizierungsverfahren einzuleiten.

### ***Deutschland erreicht Kyoto-Ziele durch gezielte Klimaschutzpolitik***

Klimaschutz ist machbar. Eine internationale Studie im Auftrag des Umweltbundesamtes belegt am Beispiel der Bundesrepublik und Großbritanniens, dass es durchaus erfolgreiche Politiken zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen in Industriestaaten gibt. Die Studie, an der das Fraunhofer Institut (ISI) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mitgewirkt haben, widerlegt zugleich die landläufige Behauptung, Deutschland verdanke seine positive Klimaschutz-Bilanz überwiegend dem Fall der Mauer.

Deutschland kann mit einer von 1990 bis 2000 erreichten Verringerung des Ausstoßes der sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase um 18 Prozent auf eine stolze Bilanz zurückblicken. Die vom Umweltbundesamt beauftragten Forscher des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) in Karlsruhe, des britischen Science and Technology Policy Research Centre (SPRU) in Brighton und des Deutschen Instituts fuer Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin analysierten, dass die in Deutschland erzielten Treibhausgasreduktionen nur zur Hälfte dem glücklichen Umstand der deutschen Wiedervereinigung zu verdanken sind. Die andere Hälfte ist Ergebnis einer aktiven Klimaschutzpolitik mit vielfältigen Aktivitäten in allen Bereichen.

Die Analysen zeigen, dass Deutschland selbst ohne den "Wiedervereinigungseffekt" seine gesamten Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 9% verringern konnte. Wichtige Beiträge lieferten hierzu die Verbesserung der Energieeffizienz sowie die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien, für die in Deutschland mit der Einführung der Ökosteuer und dem Gesetz für Erneuerbare Energien wichtige Weichen gestellt wurden. Damit befindet sich Deutschland klar auf dem Weg, seine in Kyoto und im Rahmen der Lastenverteilung innerhalb der EU übernommenen Ziele zu erreichen. Demnach muss Deutschland zwischen 2008 und 2012 seine Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zu 1990 um mindestens 21 Prozent verringern.

Ähnliches gilt für Grossbritannien, wo die Liberalisierung des Energiemarktes und die folgende Stilllegung des Kohlebergbaus zu weniger Emissionen von Treibhausgasen führte. Auch hier konnten die Wissenschaftler nachweisen, wie durch gezielte politische Rahmenvorgaben eine zusätzliche deutliche Reduktion von Treibhausgasen erzielt wurde.

Die Untersuchung widerlegt das Argument insbesondere der neuen US Regierung, dass Klimaschutz die amerikanische Volkswirtschaft ruinieren würde und Erfolge in Europa bisher nur auf die glücklichen Umstände der deutschen Wiedervereinigung und der Umstrukturierung der Kohleindustrie im Vereinigten Königreich zurückzuführen sei.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin sagte zu den Ergebnissen der Studie: "Grossbritannien hat bisher 90 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart, Deutschland 180 Millionen Tonnen. Alle EU-Staaten zusammen haben aber nur 100 Millionen Tonnen eingespart. Das zeigt: Die EU verdankt ihre positive Bilanz nur der aktiven Klimaschutzpolitik in diesen beiden Ländern. Allein Deutschland hat fast doppelt so viel CO<sub>2</sub> eingespart wie die EU zusammen. Mit anderen Worten: Wir reduzieren unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss, während andere Länder ihn hochfahren. So kann es nicht endlos weitergehen. Nichts gegen eine Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz, wohl aber gegen eine Stellvertreterrolle, bei der wir für andere handeln. Auch deshalb ist es so wichtig, dass das Kyoto-Protokoll völkerrechtlich verbindlich in Kraft tritt."

Welches Einsparpotenzial gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika vorhanden ist, zeigt ein Vergleich: Bei vergleichbarem Lebensstandard sind einem US-Amerikaner mit etwa 20 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr und Einwohner mehr als doppelt so hohe Emissionen zuzurechnen als einem Durchschnittsbürger der EU (mit 8,5 Tonnen pro Jahr und Einwohner). In Deutschland werden rund 10 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr und Einwohner emittiert.

Die Studie "Greenhouse Gas Reductions in Germany and the UK - Coincidence or Policy induced?" ist zu beziehen beim Umweltbundesamt, Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 330022, 14191 Berlin oder auf der Homepage <http://www.umweltbundesamt.de> unter Veröffentlichungen.

### *Totschlagargument Kyoto*

Das Klimaprotokoll ist eine Kapitulation. Die Kohlendioxidemissionen werden nicht sinken, sondern steigen. Und die Gewinnung erneuerbarer Energien wird behindert. Zu diesen Ergebnissen kommt Hermann Scheer in seinem Artikel, der in der Rundmail des SFV (31.7.01) und der taz (26.7.2001) erschienen ist.

[Wir teilen die pessimistische Haltung des Artikels nicht, finden seine Argumente aber bemerkenswert und wollen auch Gegenstimmen zu Wort kommen lassen – die Redaktion]:

Wie auch immer der von der Bonner Konferenz akzeptierte Kompromiss noch modifiziert wird: Die entscheidende Frage bleibt, ob er wenigstens einen kleinen Fortschritt im Weltklimaschutz bewirkt oder ob das verstümmelte Klimaprotokoll kontraproduktiv sein könnte. Die europäischen Regierungen sowie die meisten Umweltverbände und Beobachter, die vor Ort agierten, haben sich für die positive Lesart entschieden: Der Bonn-Kompromiss sei gerade noch erträglich; er sei das relativ Beste und vor allem das Einzige, was wir hätten. Eine Umweltorganisation überschlug sich gar vor Euphorie, als sie von einem "geopolitischen Erdbeben" sprach. Obwohl haufenweise Kröten geschluckt wurden, tönt der Refrain der Gegenwart: "Es gibt keine Alternative." Wieder einmal.

Solche Reaktionen sind nach einem kräftezehrenden und nervtötenden Konferenzmarathon verständlich. Die Erkenntnis, dass die jahrelangen Bemühungen um ein Weltklimaabkommen fruchtlos gewesen sein könnten, wäre auch eine Zumutung der Beteiligten an sich selbst. Im Dezember auf der Konferenz in Den Haag hatte die EU-Kommission noch erklärt, die von den "Umbrella-Staaten verlangten Verwässerungen seien nicht mehr hinnehmbar", und ließ deshalb die Konferenz platzen. Die jetzigen Abstriche gehen jedoch weit über jene hinaus, die in Den Haag verlangt wurden. Dass all diejenigen, die dort noch den Abbruch durch die EU als konsequent lobten, nun dennoch den Bonn-Kompromiss unterstützen und gar ärgerlich auf Kritik reagieren - dies ist ein Widerspruch, der sich nur noch psychologisch erklären lässt.

Tatsächlich hat dieser Kompromiss jene Grenze überschritten, die für Unterhändler häufig unsichtbar wird: ab wann ein "Verhandlungserfolg" so schlecht ist, dass er mehr schadet als nützt - und das eigentliche Ziel kompromittiert. Dies gilt nicht nur für die nochmals amputierte Zielgröße, die nicht einmal mehr eine CO<sub>2</sub>-Minderung von zwei Prozent erreicht. Noch viel mehr trifft dies auf die so genannten flexiblen Instrumente des Protokolls zu, die einen unbegrenzten Emissionshandel und "Joint Implementation" erlauben. Damit können Verpflichtungen dadurch erfüllt werden, dass Emissionsrechte und Emissionsboni gekauft werden, statt Klimaschutzinitiativen im eigenen Land zu starten. Dies zieht drei schwerwiegende Konsequenzen nach sich:

1. Die schwachbrüstige CO<sub>2</sub>-Minderung bis 2012, die ohnehin nur für die Industrieländer gilt, wird damit zur globalen Obergrenze klimapolitischer Aktivitäten. Staaten, die über das Minimalziel hinausgehen, erhalten durch die flexiblen Mechanismen sogar einen ökonomischen Anreiz, ihre überschüssigen Reduktionsleistungen an andere zu verkaufen, die die Minimalvereinbarung sonst nicht einhalten könnten.

Damit wird völlig unerfindlich, wie eine globale CO<sub>2</sub>-Entlastung erreicht werden kann - zumal den Entwicklungsländern keine CO<sub>2</sub>-Grenzen auferlegt sind. Sie werden weiter konventionelle Kraftwerke importieren, zumal diese ja dann ausgestattet sind mit einem Emissionsbonus für Lieferanten. Doch trotz dieser größeren Energieeffizienz wird die Vermehrung der CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht aufzuhalten sein.

2. Die flexiblen Mechanismen werden dazu führen, dass die konventionelle Energiewirtschaft die Hauptrolle beim investiven Klimaschutz andernorts übernimmt. Sie erhält sogar erweiterte Möglichkeiten, mit den Großanlagen auch ihre Strukturen des fossilen Energieeinsatzes zu exportieren - also genau das, was die Entwicklungsländer in eine falsche Richtung führt. So schlägt sich der schwerwiegende Fehler nieder, dass bei den Verhandlungen immer nur über Kosten und ihre Verteilung geredet wurde - aber nie über die Strukturen der Energieversorgung, die uns den Klimaschlamassel beschert haben.

3. Schon melden sich Stimmen - allen voran der BDI -, die die Ökosteuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Energiesparverordnung streichen wollen. Ihr Argument: Der globale Emissionshandel mache diese Gesetze überflüssig, weil andernorts der Klimaschutz kosteneffektiver - also mehr CO<sub>2</sub>-Entlastung pro Investition - realisiert werden könne. So wird der Emissionshandel in scheinbar zwingender globalökonomischer Logik ausgespielt gegen jede nationale oder regionale ökologische Energiereform. Lautstark werden wir es zu hören bekommen: Der Industrie dürfe nicht durch nationale Gesetze die Chancen genommen werden, sich am globalen Emissionshandel zu beteiligen und ihre Wettbewerbsposition zu behaupten oder zu verbessern.

Damit droht das Protokoll zum Pyrrhussieg zu werden. Diejenigen Umweltverbände, die in bester Absicht zu dem Kompromiss aufrufen, werden noch unangenehme Überraschungen erleben. Sie werden feststellen, dass es argumentativ schwierig wird, Energiereformen auf nationaler Ebene einzufordern - denn es werden ihnen höchst zweifelhafte internationale Ausweich- und Verrechnungsmaßnahmen entgegengehalten werden. Möglicherweise wird die Energiewirtschaft sich sogar auf die flexiblen Mechanismen berufen und erneut gegen Öko-Energiegesetze vor Gericht ziehen.

Die einschlägigen konventionellen Energieinteressen werden das Kioto-Protokoll zum Maß aller globalen ökologischen Möglichkeiten erklären und es als Totschlagargument gegen alle weiter gehenden Initiativen missbrauchen. Und auch wenn für die Dritte Welt eine weitere Milliarde für ökologische Energieprojekte hingelegt wird, so stehen dieser bescheidenen Summe immer noch jährlich über 400 Milliarden Dollar gegenüber, die für konventionellen Energieinvestitionen aufgewendet werden.

Da das Kioto-Protokoll bis zum Jahr 2012 bestenfalls nur zu äußerst spärlichen Emissionsreduzierungen verpflichtet, ist das Argument, diese Art von Klimapolitik sei alternativlos, eine Kapitulation vor den tatsächlichen enormen Klimagefahren. Ich maße mir nicht an zu behaupten, dass die Unterhändler mehr hätten herausholen können. Aber es war und bleibt ein kapitaler Fehler, in Kenntnis der divergierenden Interessen zu sehr auf die Karte eines Weltklimavertrags zu setzen und endlose Verhandlungen zum Handlungsersatz werden zu lassen. Das Resultat ist, von 1990 bis 2012 gerechnet, dass zwei Jahrzehnte für wirkliche Lösungen verspielt wurden.

Es ist auch unbillig, das Kioto-Protokoll gegen andere Ansätze auszuspielen, die nie international versucht wurden. Nun muss es um andere Wege gehen. So wird das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz gerade zum politischen Exportartikel. Es hat die weltweit größten Zuwachsraten für regenerativen Strom ausgelöst und den Start neuer Industriezweige ermöglicht. Dieses Gesetz wird wahrscheinlich mehr bewirken als das gesamte Klimaprotokoll. Den Kopf dafür hat aber nur frei, wer diesen Bonner Kompromiss nicht auch noch schönredet und nicht alles Weitere davon abhängig machen will.

### ***WWF rechnet mit wirtschaftlichen Nachteilen für die USA durch Abkehr vom Klimaschutz***

Der Abschied des US Präsidenten George W. Bush vom Klimaschutz könnte für die amerikanische Wirtschaft teuer werden. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Untersuchungen des WWF. Wenn sich die USA aus den internationalen Klimaschutzbemühungen ausklinken, hätte dies Einbrüche beim Bruttoinlandsprodukt von 0,6 Prozent oder rund 45 Mrd. Dollar zur Folge, heißt es in der Studie. Die EU und Japan könnten hingegen mit erheblichen Wettbewerbsvorteilen rechnen. Die Wissenschaftler rechnen damit, dass eine zügige Umsetzung des Kyoto-Protokolls in Japan für eine Ankurbelung der Konjunktur und dem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um etwas 0,9 Prozent sorgen könnte. Das entspricht einem jährlichen Zuwachs von rund 47 Milliarden Dollar.

Die EU würde ebenfalls zu den Gewinnern zählen. Eine frühzeitige effiziente Klimapolitik würde zu erheblichen Kostenersparnissen führen. Der Studie zufolge könnte die EU mehr als 85 Prozent ihrer Klimaschutzziele ohne zusätzliche Kosten erreichen. Lediglich die letzten 10 bis 15 Prozent könnten zu Einbußen von 0,06 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt führen. Gleichzeitig würde die EU aber die Wettbewerbsbedingungen für viele Wirtschaftszweige z.B. im Bereich der Energieeffizienz und anderer innovativer Technologien entscheidend verbessern.

„Bushs Nein zum Kyoto-Protokoll wird sich zum Bumerang für die amerikanische Wirtschaft entwickeln,“ ist Oliver Rapf überzeugt. Der WWF-Referent für Energiepolitik betont: „Klimaschutz und technische Innovationen gehen Hand in Hand. Je früher entsprechende Maßnahmen in Angriff genommen werden desto besser. Damit können sich gerade europäische und japanische Firmen neue Märkte öffnen.“ Vor diesem Hintergrund sei es unverständlich, warum Japan immer noch zögere.

Die WWF-Studien:

- „Kyoto Without the U.S.: Costs and Benefits of Ratifying the Kyoto Protocol“ ECOFYS Energy and Environment, The Netherland. Juli 2001
- „Will Ratification of the Kyoto Protocol Result in Economic Loss?“ Shonan Environmental Research Force, Shonan Econometrics Inc.. July 2001

können über die Homepage des WWF International <http://www.panda.org> bezogen werden.

### *Heat Is on Lawmakers To Address Warming – Senators Press for Reductions in Emissions*

Im US-Kongress werden die Stimmen lauter, die eine Reduktion der Treibhausgasemissionen fordern. Vor allem nachdem die USA nach dem Bonner Klimagipfel in ihrer Abwehrhaltung gegenüber dem Kyoto-Protokoll alleine stehen (Douglas Jehl, International Herald Tribune, 28.07.2001). Mehr in englisch:

With the United States now alone in the world in opposing the treaty to combat global warming, some lawmakers are pressing for Congress to take the lead toward reducing emissions of so-called greenhouse gases, the issue on which the Bush administration has so far kept to the sidelines.

Both Democratic and Republican congressional aides say that it is now likely that Congress will pass one or more measures this year calling for cuts in emissions of carbon dioxide, a main provision of the Kyoto treaty. But it is less clear whether majorities will back the mandatory restrictions spelled out in the treaty and rejected by the administration, or whether they will opt for a voluntary approach.

Still, when Christie Whitman, administrator of the Environmental Protection Agency, arrived on Capitol Hill on Thursday, she heard calls for Congress to make up for the administration's inaction this week in Bonn, where the United States opted out of an agreement on the Kyoto treaty that was backed by more than 180 countries. „The administration can refuse to commit the United States to the Kyoto accord; that is their choice,“ Senator James Jeffords of Vermont told Mrs. Whitman at a hearing on power plant emissions that was his debut as chairman of the Senate Committee on Environment and Public Works, a job he won in May by shifting his party affiliation from Republican to independent. „But this Congress, this Senate, and especially this committee will not let our international partners down,“ Mr. Jeffords said. „We plan to take steps to reduce our nation's contribution to this growing problem by working with industry to reduce carbon emissions.“

The White House has criticized the Kyoto treaty as „fatally flawed,“ saying its provisions are too costly and unfair to the United States. On Thursday morning, Mrs. Whitman defended the administration's go-slow approach, saying that it would be premature to present any plan for carbon dioxide reductions until further studies were completed. „We're still a long way from knowing how to solve the problem,“ Mrs. Whitman said. Emissions of carbon dioxide are widely regarded as the main contributor to global warming, and the United States is the world's largest source of these gases, about one-third of which comes from old coal-burning power plants.

The refusal of President George W. Bush's administration to adopt mandatory limits on carbon dioxide emissions has put it at odds not only with Europe and Japan, but also with senators like Mr. Jeffords, who has introduced a bill requiring power plants to reduce such emissions. It is being co-sponsored by two Republican senators from Maine, Susan Collins and Olympia Snowe, as well as 12 Democrats.

Other measures to reduce carbon dioxide emissions are also floating around Congress, including some, like one that Senator Chuck Hagel, Republican of Nebraska, is expected to introduce next week, that would stop short of mandatory restrictions in favor of voluntary measures. Even Mr. Jeffords, who introduced his bill this year, has not said how deeply he would propose cutting carbon dioxide emissions. But even as the administration scrambles to come up with its own stand on the issue, the congressional aides and several senators said, the pressures of public opinion and concern over international fallout appear to have added to a view that Congress would be irresponsible to do nothing. „Very few of us up here want to have America seen as not participating in something that's important,“ Mr. Hagel said in an interview. What happened in Bonn, he said, had redoubled a sense of broad support for doing something on the issue, but he added, „The decision still is what should we do and how.“

Senator Jeff Bingaman, Democrat of New Mexico and chairman of the Senate Energy and Natural Resources Committee, said in a separate interview, „I certainly feel that leadership's got to come from somewhere; it's not coming from the administration.“ „And I think it would be a failure for us,“ Mr. Bingaman said, „to just sit by idly and let the rest of the world work on this problem while our scientists tell us that the problem is very real.“

Hearings Thursday on the subject were the first since the conclusion of the Bonn meetings. A sense of frustration over the administration's not offering an alternative was evident even among Republicans who have been supportive of the White House position.

Recent opinion polls show that increasing numbers of Americans see the problem as serious.

Bonn Delegates Finish Work

Delegates in Bonn fine-tuned a modified version of the Kyoto Protocol on Friday as they wound up a two-week meeting, Reuters reported. Officials said loose ends would probably be left for the next round of United Nations climate meetings in Marrakech, Morocco, in late October, before the treaty would be ready for ratification.

## 2. ÖSR-DISKUSSION IN DEUTSCHLAND

### *Vizekanzler fordert: Ökosteuer weiter rauf*

Außenminister Joschka Fischer (Grüne) hat sich für eine weitere schrittweise Erhöhung der Ökosteuer nach der Bundestagswahl im Jahr 2002 ausgesprochen. Bei der Ökosteuer könne jeder die Lenkungswirkung sehen, sagte Fischer dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Der Benzinverbrauch sinkt, bei Neuanschaffungen achten die Leute verstärkt auf den Verbrauch.“

Deswegen solle die Ökosteuer nach 2002 grundsätzlich weiter steigen, allerdings in die Entwicklung der Gesamtsteuerlast eingepasst. „Die Sinnhaftigkeit dieses Instruments hat sich nun wirklich gezeigt.“

Die Leistungen der Regierung bei den Reformen von Steuern und Renten seien zwar durch die negative konjunkturelle Entwicklung „aufgefressen“ worden, dennoch solle die Koalition nicht das Ziel aufgeben, die Lohnnebenkosten in dieser Legislaturperiode unter 40 Prozent zu senken. „Die Reform des Arbeitsmarktes, vor allem im Bereich der Niedriglöhne, sollte noch angepackt wrden, auch wenn die Zeit jetzt knapp wird.“ (Abendzeitung, 20.08.01).

### *Unternehmer für Erhöhung der Ökosteuer*

UnternehmensGrün, der Unternehmerverband zur Förderung sozialen und umweltgerechten Wirtschaftens, spricht sich in einer Pressemitteilung am 30.07.01 nachdrücklich dafür aus, den Einsatz von Energie zugunsten der Kosten des Faktors Arbeit weiter zu verteuern und die Ökosteuer in den nächsten Jahren maßvoll zu erhöhen. Der Originaltext:

UnternehmensGrün, der Unternehmerverband zur Förderung sozialen und umweltgerechten Wirtschaftens, spricht sich nachdrücklich dafür aus, den Einsatz von Energie zugunsten der Kosten des Faktors "Arbeit" weiter zu verteuern und die Ökosteuer in den nächsten Jahren maßvoll zu erhöhen.

Der Verband begrüßt die Äußerungen Fritz Kuhns vom 29.07.2001, die ein Festhalten an der Ökosteuer durch Bündnis 90/Die Grünen bekräftigen. Jan-Karsten Meier, Vorstandsmitglied von UnternehmensGrün, erklärt: "Diese Klarstellung durch Fritz Kuhn schafft vor der nächsten Bundestagswahl Planungssicherheit für viele neu gegründete Unternehmen, die mit der Erschließung regenerativer Energien und von Energieeinsparatechniken schon heute, wenige Jahre nach der Einführung der Ökosteuer, zigtausende von Arbeitsplätzen geschaffen haben."

Dabei zeige sich bereits jetzt eine - auch von namhaften Wirtschaftsforschungsinstituten (gemeint ist wohl das DIW – siehe letzter Newsletter A.d.R.) anerkannte - Lenkungswirkung zugunsten einer Reduktion des Einsatzes von fossilen Brennstoffen und zur Entwicklung benzinsparender Fahrzeuge. Gerade die mehrjährigen Entwicklungsphasen neuer Techniken verlangten verlässliche staatliche Rahmenbedingungen. Hierzu leiste die Ankündigung des grünen Spitzenpolitikers Kuhn ein begrüßenswertes Gegensignal zu populistischen Äußerungen Gerhard Schröders, des "Kanzlers der Bosse". Gerade die "Bosse" der umweltbewussten Unternehmen fordern die Bundesregierung auf, die unsinnigen Befreiungen energiefressender und CO<sub>2</sub>-freisetzender Industrien abzuschaffen und die Ökosteuer weiter berechenbar zu erhöhen. Nicht zuletzt, so Meier weiter, hätten die steuerforcierten Heizölpreissteigerungen, flankiert durch die Neufassung der Verordnungen zur Wärmedämmung von Gebäuden, der mittelständischen Bauwirtschaft und dem Handwerk in schwierigen Zeiten Auftragsbestände gesichert, ohne die es für diese Branchen düster aussehen würde.

Abschließend fordert der UnternehmensGrün-Vorstand, die Verwendung der zusätzlichen Steuermittel solle künftig stärker als heute in die Förderung der regenerativer Energien und der Energiespartechniken gelenkt werden.

### *Reinhard Loske: Sechs Pfennig pro Jahr sind maßvoll*

Reinhard Loske, umwelt- und bildungspolitischer Sprecher der Grünen, fordert im Interview mit der Berliner

Zeitung (28.07.2001) weitere Ökosteuerstufen. Die aktuelle Erhöhung von 6 Pfennig pro Jahr ist in seinen Augen maßvoll und auch für die Zukunft eine Orientierungsmarke. Steuerbegünstigungen für Betriebe müssen seiner Meinung nach an Gegenleistungen gebunden sein. Lesen Sie das gesamte Interview unter [http://www.berlinonline.de/wissen/berliner\\_zeitung/archiv/2001/0728/wirtschaft/0084/index.html?keywords=Loske&ok=OK%21&match=strict&author=&ressort=&von=28.7.2001&bis=28.7.2001&mark=loske](http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/2001/0728/wirtschaft/0084/index.html?keywords=Loske&ok=OK%21&match=strict&author=&ressort=&von=28.7.2001&bis=28.7.2001&mark=loske)

### ***Die Grünen sind stolz auf die Ökosteuer – dennoch quälen sie sich, wenn es um die Frage geht, was daraus werden soll***

Vielleicht liegt es daran, dass der Benzinpreis derzeit nicht mehr ganz so hoch liegt wie in den Monaten zuvor. Jedenfalls hat sich nun erstmals ein wichtiger Grüner aus der Deckung gewagt und konkrete Zahlen genannt, wie die Ökosteuer nach dem Jahre 2003 weiter entwickelt, sprich: erhöht werden könnte. Reinhard Loske, der umweltpolitische Sprecher der Fraktion, präsentierte am Wochenende ein Rechenwerk, an dessen Ende er zu folgendem Ergebnis kam: Eine jährliche Steigerung von etwa drei Prozent sei „ausgesprochen maßvoll“, weshalb sie für die Zukunft als Orientierungsmarke gelten könne.

Loske erweist sich damit als mutiger Vorkämpfer für die umstrittene Abgabe. Denn mit seinen Äußerungen ignoriert er nicht nur den Bundeskanzler, der bereits vor Monaten verkündete, eine weitere Erhöhung werde es mit ihm nicht geben. Loske setzt sich auch über die Sprachregelung in seiner eigenen Partei hinweg – wobei um der Genauigkeit willen von mehreren Sprachregelungen die Rede sein müsste. Denn über den Termin, wann endlich Zahlen genannt werden sollen, gibt es verschiedene Darlegungen, denen allerdings ein Tenor gemeinsam ist: nicht jetzt.

Am selben Tag, an dem Loske seine Meinung kund tat, war zum Beispiel auch die Haltung Joschka Fischers nachzulesen. Der Vizekanzler sprach sich zwar auch für den Fortbestand der Ökosteuer aus, die Frage, ob sie erhöht werden solle, ließ er jedoch offen. „Darüber reden wir, wenn wir unser Wahlprogramm beschließen.“ Fritz Kuhn, der Parteivorsitzende, hatte zuvor den Termin indirekt sogar über den Wahltag hinaus verschoben: Es sei sinnvoll, bei der Höhe der Ökosteuersätze auch auf den Energiepreis zu achten, so Kuhn. „Niemand kann jetzt für den 1.1.2004 eine Zahl nennen.“

Die Grünen betrachten die Ökosteuer als umweltpolitischen Erfolg, und es gibt mittlerweile allerhand Zahlenwerke, die diese Bewertung durchaus decken. Der Benzinverbrauch und der Kohlendioxidausstoß sind zurückgegangen. Gleichzeitig wird zunehmend in regenerative Energien investiert, was zudem ein neues Arbeitsplätzepotenzial eröffnet. Trotzdem quält sich die Partei schon seit einiger Zeit mit der Zukunft der für das Selbstverständnis als Umweltpartei so wichtigen Abgabe.

Eine erste Diskussion im Frühjahr war eher unerfreulich verlaufen. Vor den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg verteidigte Parteichef Kuhn die Ökosteuer – nach den Niederlagen der Grünen in beiden Ländern musste er sich parteiintern heftige Vorwürfe anhören, er habe die Debatte unnötig forciert. Die Folge: Anfang Juli beschloss der Parteirat ein Konzept, das sich vor allem durch Unbestimmtheit auszeichnete. Das Echo in weiten Teilen der Medien war entsprechend, die Grünen knickten vor dem Kanzler ein, hieß es. Einer hatte es kommen sehen und sich dem Vernehmen nach im Parteirat für klare Ansagen ausgesprochen: Reinhard Loske. Damals wurde er überstimmt – diesmal hat er vorher offenbar nicht lang gefragt (Nico Fried, Süddeutsche Zeitung 31.07.2001).

### ***Schultz (SPD) fordert mehr Umweltelemente im Steuersystem***

Neue Steuerregelungen, die mehr Umweltschutz bringen, fordert der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhard Schultz als Ersatz für die Ökosteuer nach 2003. Antiökologische Subventionen sollten seiner Ansicht nach abgebaut werden, eine ökologische Steuerung durch das Steuerrecht erreicht werden, ohne die Mineralölsteuer erneut zu erhöhen.

Nicht nur bei den Grünen, sondern auch in der SPD wird über ein ökologisch orientiertes Steuerrecht nachgedacht. Konkrete Entscheidungen sind erst in der nächsten Wahlperiode zu erwarten, sagte der SPD-Finanz- und Energieexperte Reinhard Schultz am Montag in einem dpa-Gespräch. Dies betreffe zum Beispiel die Weiterentwicklung der Anfang dieses Jahres erst geänderten Entfernungspauschale zu Gunsten der Berufspendler im öffentlichen Verkehr. Auch die Berücksichtigung des Flächenverbrauchs bei der Grund- und Grunderwerbsteuer müsse neu geregelt werden.

Zugleich wandte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete gegen die Absicht der Grünen, die Ökosteuer auch nach 2003 weiter anzuheben. Künftige neue Steuerregelungen sollten mehr Umweltschutz bringen, nicht a-

ber Mehreinnahmen für den Fiskus, erläuterte er. Wir müssen darüber nachdenken, wo das Steuerrecht ökologische Steuerung ermöglicht und antiökologische Subventionen abbaut - ohne nach stetig neuen Belastungen über die Mineralölsteuer zu suchen, sagte Schultz.

Wer beim gewerblichen oder privaten Grundstückserwerb weniger Fläche verbrauche als andere, sollte steuerlich auch besser behandelt werden. Bei der Entfernungspauschale von derzeit zumeist 70 Pfennig je Entfernungskilometer gehe es darum, das Umsteigen vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel zu fördern, betonte Schultz. Dazu sollte man die Pauschale für Autofahrer senken, zumindest für diejenigen, die nicht in Fahrgemeinschaften zur Arbeit fahren. Zugleich strebt der SPD-Parlamentarier an, über eine EU-Vereinbarung den Agrardiesel nicht länger zu fördern, sondern EU-weit die Subventionen abzubauen (dpa-Gespräch, Juli 2001).

### ***Ökosteuer unter Beschuss – knickt die SPD ein?***

Die Attacken gegen die Ökosteuer werden heftiger, die Abwehr der Regierungskoalition wird schwächer. In Anbetracht von Inflation und Konjunkturflaute haben die beiden wichtigsten Wirtschaftsverbände, BDI und DIHT, die Bundesregierung kategorisch aufgefordert, die Ökosteuer nicht weiter zu erhöhen. FDP-Chef Guido Westerwelle bot der Regierung seine Partei als Koalitionspartner für Steuersenkungen an. In der SPD-Fraktion schlugen Abgeordnete vor, die Einkommensteuern schneller zu senken als in der Reform beschlossen.

Die Verbände bescheinigen Bundeskanzler Gerhard Schröder, er sei an Inflation und Konjunkturinbruch selber schuld. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser, hielt ihm vor, er mache sich mit den jährlichen Ökosteuer-Erhöhungen (um sieben Pfennig je Liter einschließlich Mehrwertsteuer) zum Preistreiber und gleichzeitig Bremsen der Konjunktur. Schosers Kollege vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Ludolf-Georg von Wartenberg, blies in dasselbe Horn: Die Ökosteuer ständig zu erhöhen, dämpfe zwangsläufig die Konjunktur.

Regierung und SPD-Fraktion halten zwar offiziell am Fahrplan der Ökosteuer-Erhöhungen fest. Zumindest in der Fraktion wird aber über zusätzliche Steuererleichterungen nachgedacht. Der niederrheinische SPD-Abgeordnete Uwe Jens stellte sich gegenüber unserer Zeitung auf den Standpunkt, dass die Tarifsenkungen im Rahmen der Einkommenssteuerreform vorgezogen werden sollten. „Das wäre konjunkturpolitisch effektiver als ein Aussetzen der Ökosteuer.“ Ein anderer SPD-Abgeordneter bestätigte zwar, die Fraktion halte am Ökosteuer-Fahrplan fest. Er fügte aber hinzu: „Das ist der Stand der vergangenen Woche.“

In der vergangenen Woche hatte jedoch bereits der sozialdemokratische Parlamentarier Hermann Scheer Vorschläge zur Reform der Ökosteuer unterbreitet. Er nannte sie in ihrer derzeitigen Ausgestaltung „psychologisch ungeschickt“ und verlangte, sie in eine echte Energiesteuer umzuwandeln. Dass die Ökosteuer mit Umweltschutz und Energiesparen nur wenig zu tun hat, ist der SPD-Fraktion inzwischen klar. Die Abgeordnete Sigrid Skarpelis-Sperk hatte gegenüber unserer Zeitung schon vor einer Woche erklärt, der Markt habe die Ökosteuer im Grunde überflüssig gemacht. Benzin sei ja erheblich teurer geworden. Die Regierung benötige die Steuer aber nun mal als Mitfinanzierungsquelle für die Renten. Dies war das indirekte Eingeständnis dessen, dass die rot-grüne Koalition mit ihrer Ökosteuer in eine Zwickmühle geraten ist. Die Koalition kann die Steuer nicht mehr schlüssig begründen. Rot-Grün schadet mit der Steuer sich selbst und der Konjunktur, kann aber dennoch nicht auf sie verzichten. Skarpelis-Sperk hofft, dass die EU den Ausweg biete. Die Ökosteuer solle in eine europäische Energiesteuer eingebettet werden.

Die Zweifel der SPD-Parlamentarier beunruhigen indes zunehmend die Grünen. Die neue Vorsitzende, Claudia Roth, ermahnte den größeren Koalitionspartner in einem Interview, engagiert für die Ökosteuer zu streiten und den jährlichen Sieben-Pfennig-Aufschlag über das Jahr 2003 hinaus fortzusetzen. Dazu ist die SPD aber, wie Schröder wiederholt versichert hat, nicht mehr bereit (Rheinische Post, 26.06.01)..

### ***Öko-Steuer hält Beitragssatz zur Rentenversicherung niedriger***

Gestrige Meldungen (07.08.2001 A.d.R.) verschiedener Medien, die Mittel an die gesetzliche Rentenversicherung aus der Öko-Steuer hätten nach Ansicht des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) ihr Ziel, den Beitragssatz dauerhaft zu senken, nicht erreicht, wies der Sprecher des Verbandes, Günter Albrecht, entschieden zurück. Vielmehr habe er bereits gestern in mehreren Interviews deutlich gemacht, dass der Beitragssatz ohne den Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss im nächsten Jahr bereits bei 20,1 Prozent liegen und schon bei einem Verharren des Erhöhungsbetrags auf dem diesjährigen Stand 19,5

Prozent betragen müsse. Wenn auch nach den derzeitigen Rechnungen der Beitragssatz im nächsten Jahr eher bei 19,1 Prozent verbleibt als – wie noch im Frühsommer eingeschätzt – auf 19,0 Prozent abgesenkt werden zu können, so ändere dies nichts daran, dass die senkende Wirkung auf den Beitragssatzanstieg aus dem Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss auch in den kommenden Jahren fortwirken werde. Es könne daher keine Rede davon sein, dass die Öko-Steuer keine beitragsatzsenkende Wirkung entfalte.

### *Eine notwendige Kursänderung der Umweltbewegung?*

Wolf von Fabeck, Geschäftsführer des Solarenergie-Fördervereins e.V. (SFV) in Aachen, erläutert, warum Energiesparappelle nur bis zu einer gewissen Grenze wirken (Rundmail 26/01 des Solarenergie-Fördervereins e.V.):

In einer gewaltigen erzieherischen Anstrengung haben Umweltfreunde seit den siebziger Jahren versucht, sich und ihre Mitbürger auf das Energiesparen einzuschwören. Die Notwendigkeit des Energiesparens wurde bundesweit deutlich gemacht; Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten, Schonung der Ressourcen, Verminderung der energiebedingten Umweltschäden, und viele Gründe mehr, die uns alle geläufig sind. Die ersten Ergebnisse all dieser Appelle konnten sich sehen lassen: Insbesondere die Überraschung der Stromwirtschaft dürfte noch in guter Erinnerung sein. Mehrere neue Atomkraftwerke, im Hinblick auf weitere Zunahme des Stromverbrauchs geplant, führten nun zu erheblichen Überkapazitäten (man hätte sie fast alle gleich nach der Fertigstellung wieder abschalten können, hat dies aber aus anderen Gründen nicht getan). Der Energieverbrauch koppelte sich plötzlich entgegen der herrschenden Lehrmeinung vom Wirtschaftswachstum ab und stagniert seitdem.

Dies alles war ein großer Erfolg. Der Energieverbrauch stagniert allerdings - das müssen wir heute eingestehen - auf hohem, auf allzu hohem Niveau. Die weitergehenden Hoffnungen der Umweltbewegung, man könne den Energieverbrauch auf die Hälfte, ja auf ein Drittel reduzieren, blieben unerfüllt. Dies liegt nicht etwa daran, dass die Hoffnungen technisch unerfüllbar waren, oder die Appelle nicht eindringlich genug, sondern hat ökonomische Gründe, die hier zumindest angedeutet werden sollen.

Energiesparen kann man bezüglich seiner ökonomischen Voraussetzungen und Konsequenzen gedanklich in zwei Stufen einteilen.

Stufe 1: Energiesparmaßnahmen, die sich wirtschaftlich lohnen, z.B. Abstellen der Heizung anstatt die Fenster aufzureißen, Licht ausschalten, bevor man das Zimmer verlässt, Energiesparlampen statt Glühlampen verwenden.

Stufe 2: Energiesparmaßnahmen, die sich wirtschaftlich nicht lohnen (genauer gesagt, die sich unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen noch nicht lohnen) z.B. Kauf eines 2 Liter-Autos, Wärmedämmung eines verwinkelten Altbaus.

Natürlich gibt es noch beliebig viele Zwischenstufen und außerdem sind die Zusammenhänge nur schwer rechnerisch zu erfassen und schließlich spielen nicht nur ökonomische, sondern immer auch psychologischen Gründe mit, unter denen Bequemlichkeit und Trägheit einen vorderen Platz einnehmen. Nach Abzug all dieser Ungenauigkeiten jedoch bleibt sicherlich folgende Verallgemeinerung möglich:

Maßnahmen der Stufe 1 sind Appellen weitgehend zugänglich, Maßnahmen der Stufe 2 dagegen werden von der statistisch relevanten Mehrheit der Bevölkerung trotz aller Appelle unterlassen, allerdings gibt es hier andere Anreizmittel, die später zu erwähnen sind.

Die Tatsache, dass der Energieverbrauch nun schon seit einigen Jahren trotz aller Appelle nicht weiter zurückgeht, lässt vermuten, dass die Maßnahmen der Stufe 1 mehr oder weniger ausgeschöpft sind. Umsomehr verwundert es, dass engagierte Umweltfreunde immer noch und weiterhin auf Energiesparappelle setzen, so z.B. Umweltminister Trittin vor wenigen Wochen. Der Grund für diese Appellgläubigkeit dürfte ein soziologischer sein. Umweltfreunde bewegen sich im allgemeinen im Kreis von Gleichgesinnten. Man hat eine Toiletten-Sparspülung, verwendet Energie-Sparlampen und fährt mit dem Fahrrad zur Arbeit. Man ist sogar bereit, einige Maßnahmen der Stufe zwei freiwillig zu ergreifen. Man nutzt die Annehmlichkeiten seiner Standby-Schaltungen nicht mehr, zieht stattdessen den Stecker heraus, und man dämmt die Außenwände seines Häuschens, obwohl diese Geldausgabe bei den gegenwärtigen Heizölpreisen eine geringere Einsparung erbringt als die Rendite jeder Geldanlage auf der Bank. Ökonomisch gesehen, leistet man Verzicht und rechnet aus, wieviele Atomkraftwerke abgeschaltet werden könnten, wenn jeder sich so verhalten würde.

Im Glauben an das gute Beispiel und die Macht der moralischen Argumente formuliert man noch eindringlichere, noch überzeugendere Energiesparappelle. Doch hier liegt der tragische Irrtum. Das gute Beispiel und

der überzeugende Appell haben ihren Sinn, wenn es darum geht, neue Möglichkeiten des Handelns aufzuzeigen. Sie demonstrieren, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen technisch möglich sind, dass sie die Akteure nicht übermäßig belasten, sie vor allem nicht in den Ruin führen. Mehr von Appellen zu erwarten, ist jedoch wahrscheinlich lebensfremd. Die Mehrheit der Bevölkerung jedenfalls lebt nicht gegen ihre ökonomischen Interessen. Schlimmer noch, allein die Tatsache, dass Appelle erfolgen, lässt bei den Adressaten den Verdacht aufkommen, dass sie Verzicht leisten sollen und dieser Verdacht kommt sogar dort auf, wo er völlig unberechtigt ist. So werden auch solche Maßnahmen unterlassen, die eigentlich zu einem wirtschaftlichen Vorteil führen; typisches Beispiel, die Energiesparlampe. Potenziert wird die Negativwirkung der Appelle noch durch die Tatsache, dass sie aus den Reihen der Umweltbewegung kommen, der von den politischen und wirtschaftlichen Gegnern nur allzugerne das Odium der ewig Verzicht leistenden Müsli-Leute umgehängt wird.

Statistisch nachweisbare Tatsache ist jedenfalls, dass trotz des noch nicht ausgeschöpften Potentials der Energiespar-Stufe 1 die Bevölkerung den Energiesparappellen nicht weiter folgt; ihnen offenbar nicht weiter folgen will. Und hier verkehrt sich die Wirkung der Appelle eher in ihr Gegenteil. Niemand lässt sich gerne auf Dauer vom moralischen Zeigefinger dirigieren. Wer einen moralischen Appell nicht befolgen will, macht sich lustig über ihn und seinen Träger. Gerade die junge Generation reagiert deshalb auf die Appelle der Umweltbewegung immer häufiger mit Spott oder blankem Zynismus. Die Energiewirtschaft hat dies längst erkannt. Sie, die mit dem Verkauf von Energie Geschäfte macht, fordert in ihrer eigenen Werbung unbesorgt zum Energiesparen auf, vermutlich doch wohl deshalb, weil ihre Werbepsychologen die Resistenz und den Widerspruch ihrer Kundschaft gegen solche Appelle genau einzuschätzen wissen. Deutlicher kann wohl kaum noch demonstriert werden, dass weitere Energiesparappelle wirkungslos und kontraproduktiv sind.

Es ist deshalb an der Zeit, sich nach einer neuen Strategie umzusehen, mit der der Energieverbrauch weiter reduziert werden, wie zumindest das Potential der Energiespar-Stufe 1 ausgeschöpft werden kann. Hier können Erinnerungen an die Durchsetzung der Anschnallpflicht beim Autofahren hilfreich sein. Zunächst war ermittelt worden, dass die statistische Wahrscheinlichkeit, in angeschnalltem Zustand bei einem Unfall zu überleben erheblich höher ist, als ohne Anschnallen. Mehrere Jahre lang wurde diese Erkenntnis öffentlich verbreitet, verbunden mit dem Appell, sich doch bitte im eigenen Interesse anzuschnallen. Doch erst als das Nicht-Anschnallen mit einer Geldbuße belegt wurde, tat die Mehrheit der Autofahrer endlich das, was ohnehin in ihrem Interesse lag. Es ist zu bezweifeln, dass jeder Autofahrer die Höhe der Geldbusse bei Nichtbefolgung der Anschnallpflicht überhaupt kennt, allein die Tatsache, dass das Fehlverhalten "etwas kostet", reichte aus.

So dürfte allein das öffentliche Wehgeschrei, dass Energie teurer wird, mehr zum Energiesparen beitragen als jeder Energiesparappell. Es mag zynisch klingen: wichtiger als die absolute Höhe der Energieverteuerung ist die Tatsache, dass öffentlich über die Preisanhebungen diskutiert und lamentiert wird. Auf diese Weise könnte es gelingen, zumindest die Energiesparmaßnahmen, die sogar einen wirtschaftlichen Vorteil ergeben, weiter durchzusetzen und die Akteure sozusagen zu ihrem Glück zu zwingen.

Die gleiche Maßnahme - Erhöhung der Energiepreise - ist dann auch geeignet, das Energiesparpotential der oben erwähnten Stufe 2 zu erschließen. Hier geht es darum, Energiesparmaßnahmen, die sich bisher nicht bezahlt machen, durch Anhebung der Energiepreise attraktiv zu machen. Welche Energiesparmaßnahmen sich ökonomisch rechnen, hängt ja fast ausschließlich vom Energiepreis ab. Nehmen wir ein in tragischer Weise bekannt gewordenes Beispiel: Wenn das Benzin 5 DM pro Liter kosten würde, würden die Autokäufer auf sparsamere Autos ausweichen. Doch sparsamere Autos müssen erst entwickelt und produziert werden. Diese Dinge brauchen Zeit, und noch wichtiger; sie müssen planbar sein. Deshalb war die damals aufgestellte Forderung der Bündnisgrünen nach einer kontinuierlichen Anhebung des Spritpreises auf 5 DM pro Liter völlig richtig. Dass es dem ADAC und der parteipolitischen Konkurrenz gelungen ist, die Grünen zur Rücknahme dieser Forderung zu bewegen, wird vielleicht einmal als eine der größten Niederlagen des Umweltschutzes in Deutschland angesehen werden. Eine gut durchdachte und richtige Forderung wurde aus wahltaktischen Gründen fallen gelassen. Es darf sogar bezweifelt werden, dass die wahltaktische Überlegung überhaupt schlüssig war; denn wenn 85 Prozent der Bevölkerung vehement gegen die kontinuierliche Anhebung des Benzinpreises waren, dann sieht dies zwar auf den ersten Blick beängstigend aus, doch nur auf den ersten Blick. Immerhin waren doch 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung aus wohlgedachter Überzeugung dafür. Einen bundesweiten Stimmenanteil dieser Höhe hätte sich die Partei in den folgenden Jahren manchmal noch gewünscht.

Den politischen Akteuren fehlt auch heute noch die Standfestigkeit, die notwendigen Energiepreisanhebungen in notwendiger Höhe und Konsequenz durchzusetzen. Die ständig neu aufkommenden Diskussionen im Regierungslager, ob und welche Stufen der Ökosteuerreform verschoben oder gar aufgehoben werden sollen, sind ein warnendes Indiz. Die Tatsache, dass der Umweltminister mit einem Energiesparappell an die Öffentlichkeit tritt, anstatt die Energiepreise weiter anzuheben, beweist seinen eingeschränkten Spielraum.

Hier liegt somit eine wichtige Aufgabe für die Umweltbewegung. Hier wurden schon immer die neuen und wegweisenden Gedanken der zukünftigen Umweltpolitik entwickelt und in die Öffentlichkeit getragen. Es gilt deshalb für alle Umweltgruppierungen, das bisher eingeübte und zum automatischen Reflex erstarrte Zeremoniell der Energie-Spar-Appelle hinter sich zu lassen, um an seine Stelle die begründete Forderung nach ständiger Verteuerung der Energie zu setzen.

Es führt nun einmal kein Weg daran vorbei: Energie muss teuer werden! Energie muss noch teurer werden, Energie muss schmerzhaft teuer werden! Anders bekommen wir das Problem nicht in den Griff.

### ***Ökosteuer muss abgelöst werden***

Hubertus Heil, Nina Hauer, Christian Lange und Christoph Matschie haben in der Schrift „Zukunft in Arbeit - Sozialdemokratische Wege zu Wachstum, Vollbeschäftigung und sozialer Teilhabe“ im Kapitel 6. „Energie- und Ressourceneffizienz“ auch zur Ökosteuer und anderen Mitteln für die Förderung der Ressourceneffizienz Stellung genommen:

In der Wirtschaft der Zukunft müssen Güter und Dienstleistungen mit einem geringeren Verbrauch an Energie, Material und Fläche produziert werden. Angesichts der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und der zunehmenden Bedrohung existentieller Funktionen unserer Umwelt gibt es keinen anderen Weg. Ressourceneffizienz dient damit der dauerhaften Sicherung von Lebensqualität und Wohlstand. Wer auf die effiziente und rationelle Nutzung von Energie und Ressourcen setzt, sichert sich im internationalen Wettbewerb einen Vorsprung an Know-how- und Technologie. Gleichzeitig ist eine solche Strategie der Motor für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze. Aus diesem Grund müssen auf volkswirtschaftlicher und betrieblicher Ebene Anreize für Innovationsprozesse geschaffen werden.

Mit der Ökosteuer ist der richtige Weg einer Steuerung über Preissignale eingeschlagen worden. Aber diese Steuer muss Schritt für Schritt abgelöst werden durch Instrumente, die noch wirksamere ökonomische Anreize zur Ressourceneffizienz setzen. Der Handel mit Emissionszertifikaten ist ein solches Instrument. Er ist ökonomisch effizient und von hoher ökologischer Treffsicherheit. Beispielsweise könnte der Emissionshandel technische Innovation im Energiesektor schneller vorantreiben. Profitieren würden die effizientesten Kraftwerke und der sich rasch entwickelnde Sektor der erneuerbaren Energien. Deutschland könnte seine Marktführerschaft auf diesem technologischen Gebiet ausbauen und Arbeitsplätze schaffen. Im Bereich der Windkraft arbeiten schon heute mehr als 30.000 Beschäftigte. Wir halten es für sinnvoll, möglichst schnell auf nationaler Ebene ein Pilotprojekt Emissionshandel zu etablieren. Die Beteiligung daran sollte auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Teilnehmer werden im Gegenzug von der Zahlung der Ökosteuer befreit. Das Handelsvolumen orientiert sich an den Zielsetzungen der Bundesregierung zur Reduktion von Treibhausgasen. Das Pilotprojekt sollte von unabhängigen Instituten wissenschaftlich begleitet werden.

Auch für die betriebliche Ebene steht eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung, zum Beispiel Umweltmanagementsysteme, Energieaudits, Öko-Profit-Systeme oder Stoffstrommanagement. Sie werden aber bisher nicht in ausreichendem Maße von den Unternehmen genutzt. Deshalb wollen wir den Mehrwert für solche Unternehmen erhöhen, die diese Instrumente einsetzen. Wer einen anerkannten Nachweis für Umweltmanagement erbringt, sollte durch rechtliche Erleichterungen und Ausnahmen im Bereich staatlicher Überwachung und Kontrolle spürbar entlastet werden.

## **3. ÖSR UND UMWELT INTERNATIONAL**

### ***New chances for Ecological Tax Reform from 'Kyoto'.***

Dr. Paul E. Metz (Direktor des European Business Council for a Sustainable Energy Future – e<sup>5</sup> und FÖS-Beiratsmitglied) sieht im Kyoto-Protokoll neue Chancen für die Ökologische Steuerreform. Emissionshandel und Ökosteuern können sich demnach ohne weiteres ergänzen. Außerdem berichtet er über große Erfolge der

Ökosteuern in den Niederlanden, wo Grüner Strom nahezu ausverkauft ist, woran die Ökosteuern erheblichen Anteil hat. Mehr dazu (englisch):

"The 'American – and European ! – way of life' can only be protected and further improved by protecting our living conditions, like the climate, intelligently. Nature is the feeding ground of our society, including business. Environmental politics based on sound science and sound economics, now requires sound policy measures to enable sound choices by companies and consumers. Then we go the way of sustainability and also show the developing world that it is attractive, not a burden or even a sacrifice."

The recently – once again – agreed Kyoto Protocol includes several new 'market mechanisms' that seem to differ from the well-known European traditions of legal prescriptions and fiscal reform. This is only partly the case and several synergies exist that are sometimes forgotten. Here two will be presented and an analysis of the GHG-levy versus GHG-quota trading in terms of production costs – both as a contribution to a now timely debate.

It should be realized that the Parties to the Kyoto Protocol are states and the Protocol arranges the main new instrument Emissions Trading only between states. When states have deficits or surpluses in their greenhouse gas budgets, they are allowed to buy or sell to and from other Parties. Countries are, however, free to choose their own national measures – the USA rejected in Kyoto the EU proposals for the harmonization of such 'policies & measures' – for the allocation of their GHG-budget. They can choose from the complete 'instrumentarium', not only the new emissions trading option.

So, in the first place, the EU and its member states can continue 'our' ecological tax reform without any problem. This is by design a revenue neutral instrument, but within its design the use of future revenue for the purchase of GHG-quota from other countries – if then necessary – can easily be incorporated. In the same way can any revenues from sold GHG-quota – when a country has used less emission capacity than it is allowed – be 'recycled' to the citizens and companies as they have obviously paid too much GHG-levy in the year before.

In the second place, the 'level-playing-field' of the Kyoto Protocol must be used to get the many companies 'on board' that are still exempted from the GHG-levy. Many of these companies have always argued that international competition makes it impossible to apply the polluter-pays-principle for them. With 'Kyoto' in force this will no longer be the case and equal treatment of all emitters will be possible – and is urgent for a fair and free 'liberalized' European energy market.

We have all noticed that many companies are much more willing to consider emissions trading – some companies are even developing (internal) trading systems – than levies. This raises the question why emissions trading would be not distorting competition – or much less.

Most economists agree that natural resources – like the atmospheric GHG-absorption capacity – are inputs for economic activities. They have no private owners and can be protected and optimally allocated only by states – as the managers of the collective property of their citizens. This is the basis for pricing through levies of the ecological tax reform and now the same environment also can be priced by emissions trading. In the case of levies, no property rights are traded but the user pays a fee to the manager of the collective property. Trading requires property rights and that is the fundamental difference with taxation or levies.

The other essential difference between levies and trading is that trading requires an absolute 'cap' per company, while levies do not. Opponents of levies will now have to accept a cap – or accept to pay the levy !

This also explains the advantage for existing companies in some models of emissions trading, especially the so-called 'grandfathering'. Then the present level of emissions is given as a free emission level, reductions from this level can be sold and only when emissions rise above the starting level extra quota must be purchased from others.

In practice this would mean that an existing subsidy – free emissions, while others pay – is continued for some more time and the transition to an equal treatment of all companies is not (yet) achieved. When politicians want to avoid such delay and realize the equal treatment of all economic actors more quickly, they can choose for the auctioning of GHG emission quota. Then more directly a market price for GHG-quota will be established and the energy prices will be formed without new or continuing subsidies. This approach is comparable in its effects with the GHG-levy – and Ökosteuern.

It is ironic that the auctioning of another natural resource – UMTS-frequencies – was carried out recently, while this is still far from being used. The atmosphere is used for emissions for decades and still no auction-

ing in sight. It is clear that the fossil fuel companies have a better lobby to avoid fair payment than the young telecom companies, some of which now face bankruptcy as a side-effect.

Concluding: emissions trading is a completely new instrument that will take some years to develop, test and implement in the EU. Ökosteuer is operational and can be continued during the coming years. It should probably be reinforced in order to comply with 'Kyoto'. For the companies that are now exempt, a hybrid system can be soon developed that offers the choice between the normal levy or new emissions trade under a cap, with the perspective of auctioning on EU-level. No new subsidies must surge and the polluter-pays-principle must apply as soon as possible, which requires auctioning.

For the Förderverein Ökologische Steuerreform a good future is available when the synergies with the other 'market improving' policy instruments are explored and promoted. The social component of the tax reform's revenue neutrality is also important for the acceptance of these alternatives.

*Finally one big success of Ökosteuer: Green electricity in the Netherlands nearly sold out because of the ecological tax reform*

In the Netherlands the available amount of 'green electricity' -Naturstrom - is almost completely sold out. New customers will soon have to wait until new capacity is ready. This strong demand is largely a success of the ecological tax reform, which in the Netherlands is strongly linked to the CO<sub>2</sub>-content of fuels and therefore gives a full exemption for renewable energy. This would have been impossible to achieve in the liberalising energy market with subsidies or even with an emission trading scheme so quickly !

Dr Paul E. Metz is an advisor for business on integrated approaches for sustainable development at INTE-GeR.. consult in Velp – NL; metz@integerconsult.org. He is also co-founder and director of the European Business Council for a Sustainable Energy Future – e<sup>5</sup> and member of the FÖS-Beirat.

***Großbritannien bereit für den Treibhausgas-Emissionshandel***

Die britische Regierung hat am 14. August die endgültige Fassung des Rahmenwerks für das britische Emissionshandelssystem veröffentlicht. Das Handelssystem ist Teil des britischen Klimaschutzprogramms und könnte die Kohlenstoffemissionen bis 2010 um zwei Millionen Tonnen jährlich verringern. Die Regierung hat die Bereitstellung von £ 215 Mio. (ca. DM 645 Mio.) zur Finanzierung von Anreizen zugesagt, um die Teilnahme der Unternehmen zu fördern.

Dies wird das erste für die gesamte Wirtschaft geltende Treibhausgas-Emissionshandelssystem der Welt sein. Es wurde von der Regierung in enger Zusammenarbeit mit der wirtschaftsseitig geführten Emissionshandelsgruppe entwickelt. Das System sieht vor, dass sich teilnehmende Unternehmen zur Erreichung von Emissionsreduktionszielen verpflichten, die entweder durch Emissionseinsparungen im eigenen Unternehmen oder durch An- oder Verkauf von Emissionsrechten auf dem Markt erfüllt werden sollen. Unternehmen, die im Rahmen der Klimaschutzsteuer sogenannte ausgehandelte Reduktionsvereinbarungen mit der Regierung geschlossen haben, können das Emissionshandelssystem ebenfalls nutzen, um ihre Emissionsziele zu erreichen.

Die Regierung hat für einen Fünfjahreszeitraum ab dem Finanzjahr 2003/2004 bis zu £ 215 Mio. (rund DM 645 Mio.) zugesagt, aus denen Anreize finanziert werden sollen, um die Unternehmen für die Teilnahme zu gewinnen. Diese Mittel werden im kommenden Jahr auf dem Auktionswege versteigert. Für Unternehmen, die ihre Emissionsreduktionsziele nicht erreichen, gibt es Sanktionen. Sie müssen die Anreizzahlung zuzüglich Zinsen zurückerstatten und werden als Ausgleich in zukünftigen Jahren strengere Zielsetzungen erfüllen müssen.

Umweltstaatsminister Michael Meacher erklärte dazu:

*'Mit diesem System etabliert sich Großbritannien als ein weltweit führendes Land im Bereich des Treibhausgas-Emissionshandels. Ich gehe davon aus, dass unser System einen deutlichen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten und gleichzeitig von Nutzen sowohl für die Wirtschaft als auch für die Umwelt sein wird, da es zu Innovationen und Investitionen anregt und diese finanziell belohnt.'*

Die endgültige Fassung des Rahmenwerks wurde gegenüber dem im Mai veröffentlichten Entwurf in einigen Punkten geändert. Unternehmen, die absolute Ziele haben, dürfen jede Übererfüllung, die sie durch eigene Anstrengungen erzielten, bis zum Kyoto-Verpflichtungszeitraum 2008-12 ansammeln, danach könnte es jedoch Beschränkungen für das Ansammeln (Banking) geben. Um für eine möglichst große Beteiligung zu

sorgen, wird für die Teilnahme an der Auktion keine prozentuale Mindestreduktionsfestlegung verlangt. Unternehmen mit produktionsleistungsbezogenen wie auch mit absoluten Zielen können sich Emissionsreduktionen aus speziellen Projekten anrechnen lassen (Britische Notizen zum Umweltschutz der Britischen Botschaft in Berlin, 17.08.01).

#### Die nächsten Schritte:

Die Regeln des Handelssystems und des Versteigerungsprogramms werden im Dezember veröffentlicht, Anfang nächsten Jahres sollen die Unternehmen zur Abgabe ihrer Angebote aufgefordert werden. Der erste Zielerfüllungszeitraum beginnt am 1. Januar 2002, dann wird auch mit den Emissionsmessungen begonnen.

#### Weitere Informationen:

Weitere Informationen und der Text des Rahmenwerks finden sich auf der Website des Ministeriums für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten (DEFRA):

<http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/trading/index.htm>

Emissionshandelsgruppe: <http://www.uketg.com/>

Anfragen an: [ets@defra.gsi.gov.uk](mailto:ets@defra.gsi.gov.uk)

### ***EU-Energiebesteuerung – Wer blockiert mehr: Spanien oder Großbritannien? (KS)***

Am 5. Juni 2001 hätte ein kleiner Fortschritt auf EU-Ebene erzielt werden können. Den 15 Finanzministern der EU (ECOFIN) lag der Fortschrittsbericht der schwedischen Präsidentschaft zur Verabschiedung vor. Aber insbesondere Spanien weigerte sich, in den Schlussfolgerungen auch nur ein Wort über die nun anstehende Notwendigkeit der Diskussion von Steuersätzen zu verlieren. Ohne diese jedoch fürchteten die Unterstützerstaaten einer EU-weiten Energiebesteuerung, dass von nun an lediglich eine Strukturrichtlinie diskutiert und später beschlossen werden sollte und damit die für eine Harmonisierung absolut notwendige Diskussion über Steuersätze ad acta gelegt würde. Hinzu kam, dass sich hinter Spanien auch andere Staaten wie Griechenland, Portugal und Irland etwas verstecken. Und nach langem Schweigen haben auch die Briten Widerstand deutlich gemacht. Vorausgegangen war das intensive Bemühen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2001, die festgefahrenen Verhandlungen zur EU-Energiebesteuerung (konkret den Richtlinienvorschlag der EU-Kommission aus dem Jahre 1997 KOM(97)30) wieder aus der Sackgasse zu führen. So sollten zuerst nur die Steuerstrukturen, vorerst aber nicht die Steuersätze, diskutiert werden. Hierzu war Spanien auch Anfang des Jahres 2001 bereit, was jedoch in der deutschen Presse voreilig als Durchbruch bezeichnet worden ist.

Der Fortschrittsbericht der Ratspräsidentschaft befasst sich tatsächlich auch nur mit den Steuerstrukturen, zu denen in vielen Punkten Einigkeit besteht. Allerdings harrt noch ein so gewichtiges Thema wie die Besteuerung energieintensiver Branchen/Betriebe der Lösung. Denn hier haben die verschiedenen Vorreiterstaaten jeweils auf ihre nationalen Umstände zugeschnittene, individuelle Konzepte ausgearbeitet und umgesetzt. Eine Harmonisierung erscheint daher besonders schwierig und ist auch noch nicht absehbar. Im schlechtesten, aber nicht ganz unwahrscheinlichen Fall würden die nationalen Systeme eine Zeit lang noch parallel nebeneinander existieren, bis dann vielleicht eine stärkere Harmonisierung auf der Basis zum Beispiel von Erfahrungsberichten möglich wäre. Die jahrelangen ergebnislosen Diskussionen machen in diesem Bereich die versäumte Harmonisierung besonders schmerzhaft. Mittlerweile wird eine EU-weite Energiebesteuerung schon seit zehn Jahren diskutiert, ohne dass Fortschritte auf EU-Ebene verzeichnet worden wären.

Am meisten ärgert die EU-Kommission, dass **Spanien** immer noch auf einer Studie besteht, die die verschiedenen Auswirkungen der Umsetzung des Richtlinienvorschlages auf Spanien aufzeigt. Zwar hat die EU-Kommission bereits eine in diese Richtung gehende Studie angefertigt (<http://europa.eu.int/comm/environment/enveco/taxation/entaxemp.pdf>), aber Fortschritt ist gleichwohl kaum ersichtlich. Spanien fordert insbesondere, dass zuerst einmal die volle Liberalisierung der Energiemärkte gewährleistet sein müsse, dann könne über eine Energiebesteuerung diskutiert werden. Hintergrund ist die starke Abhängigkeit Spaniens von Erdgas aus Algerien und durch Schiffstransporte. Denn Frankreich hat – entgegen der EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Energiemärkte – diese faktisch kaum geöffnet. Und Spanien würde zu gerne günstiges Erdgas aus Norwegen oder Russland kaufen. Aber dazu benötigt es die Durchleitungsgenehmigung von Frankreich, das diese verweigert. Es scheint daher, dass Spanien das Thema Energiebesteuerung nutzt, um Druck auf die Liberalisierung in Frankreich auszuüben. Letzteres ist ja grundsätzlich zu begrüßen, insbesondere weil damit auch mehr Kostentransparenz in die Atompolitik Frankreichs käme – mit all ihren Folgen. Allerdings wird von vielen Staaten nicht akzeptiert, dass damit die Energiebe-

steuerung erneut auf die lange Bank geschoben wird.

Besonders bemerkenswert ist, dass das spanische Wirtschafts- und Finanzministerium mittlerweile selbst mehrere Studien zur Umweltbesteuerung – angefertigt von wissenschaftlichen Institutionen und Staatsämtern – publiziert hat (<http://www.ief.es/>). Diese wurden der ausgesuchten Öffentlichkeit auf einem internationalen Seminar am 22. und 23. Mai 2001 in Madrid vorgestellt, bei dem jedoch kaum Ausländer vertreten waren. Kein Wunder, kommt doch die Studie zu den Auswirkungen der Umsetzung der EU-Energiebesteuerung auf Spanien zu minimalen, aber positiven Ergebnissen für die spanische Volkswirtschaft. Und dies widerspricht der offiziellen spanischen Argumentation fundamental. Spanien wird nun sehen müssen, ob es sich noch länger die relativ isolierte Position leisten kann. Oder ob es zur Abwechslung einmal anderen Staaten den Vortritt lässt?

Zum Beispiel **Großbritannien**, das mittlerweile sehr dezidiert gegen eine Besteuerung der privaten Haushalte votiert und grundsätzlich Schwierigkeiten mit der Energiesteuer aus Brüssel signalisiert. Ob es wohl daran liegt, dass der frisch und mit deutlicher Mehrheit wiedergewählte Premier Tony Blair in absehbarer Zeit ein Referendum zum Euro plant? Da möchte er vermutlich jeglichen Ärger, der aus Brüssel kommt, vermeiden. Schließlich hatte es im Herbst 2000 eine recht kleine Zahl von bis zu 2.000 Demonstranten geschafft, die Auslieferung von Treibstoffen zu blockieren – offenbar auch noch indirekt von den Konzernen unterstützt. Dies trieb die Preise nochmals in die Höhe – zusätzlich zu den ohnehin angestiegenen Rohölpreisen und dem US-Dollarkurs. Da half es auch nichts, dass Blair bereits die sonst so schön geräuschlose, jährliche Erhöhung der Kraftstoffsteuern um 6% (zusätzlich zur Inflationsrate – der sogenannte „road fuel duty escalator“) in eine neue Regelung abgewandelt hatte. So sollte die Erhöhung nun nur noch der Inflationsrate folgen und mit jedem Haushalt neu beschlossen werden. Gleichwohl sind die Steuern zum 1.4.2000 um 3,4% erhöht – was immer noch ca. 1 Prozent über der Inflationsrate gelegen haben dürfte. Zum 1.4.2001 wurde auf eine Erhöhung gänzlich verzichtet, stattdessen gab es Steuerermäßigungen für umweltfreundliche Kraftstoffe.

Als Anfang August 2001 die nationalen Ölkonzerne Royal Dutch/Shell und British Petroleum (BP) erneut über Milliardengewinne (1. Quartal 2001: 4,3 Milliarden Euro) berichteten, flammte der Volkszorn erneut auf und das britische Finanzministerium drohte damit, eine Sondersteuer auf Benzin einzuführen, um die Gewinne der Ölbranche abzuschöpfen. Ob dies jedoch umgesetzt und auch noch das Ziel erreicht wird, oder ob dadurch die Preise primär erneut in die Höhe gehen, muss abgewartet werden. Von der zum 1.4. eingeführten Klimaschutzabgabe (<http://www.hmce.gov.uk/bus/excise/index.htm>), die – entgegen sonst in der EU üblichen Ausgestaltungen – nur von der Industrie erhoben wird, ist dagegen bisher kein Aufschrei von der Wirtschaft zu hören (Kai Schlegelmilch, Vorstandsmitglied des FÖS)

### ***Belgien will EU-weite Energiesteuer vortreiben - Belgium to Push EU-Wide Energy Tax***

Belgien beabsichtigt, im Rahmen des ersten Treffens der Finanzminister der Mitgliedstaaten während seiner EU-Präsidentschaft eine EU-weite Energiesteuer wieder in den Mittelpunkt zu rücken (Tax News Update, Vol. 18, No. 13, 26.06.01). Mehr dazu in englisch:

Belgium, incoming president of the European Union, has announced that the first meeting of member state finance ministers will bring the EU-wide energy tax back to center stage. Belgian Finance Minister Didier Reynders said that, under his leadership, the EU will continue to pursue the structure and rate of an energy tax to help the EU meet its greenhouse gas reductions targets. The EU energy tax has been fraught with roadblocks; at the most recent meeting of EU finance ministers, Spain and the UK pushed through a guarantee that any future energy tax can only be enacted if all EU member states have deregulated their energy markets (see Tax News Update Vol. 18, No. 11 <http://sustainableeconomy.org/tnu/Vol.18/18.11.htm#8>)

### ***Britische Regierung will Elektrizitätsversorger zu einer Erhöhung des Bezugs von Strom aus erneuerbaren Energien verpflichten – UK renewable energy plan confirmed***

Die britische Regierung hat Anfang August Pläne bestätigt, dass sie Elektrizitätsversorger verpflichten will, einen höheren Anteil ihrer Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen (ENDS Daily, 06.08.01). Mehr dazu in englisch:

On 03.08.2001 the British government confirmed plans to oblige electricity suppliers to purchase an increasing share of power from renewable energy generators. The launch of a final consultation on the scheme, which is intended to take effect from January, follows its initial unveiling last October.

As expected, the proposed renewables obligation is set to rise in annual steps from 3% in 2003 to 10.4% in 2010. Companies that fail to meet the target will have to buy surplus certificates from other firms or pay a penalty of around UK£0.03 (euros 0.05) per kilowatt hour. In launching the consultation, the government hinted at higher renewables obligations after 2010 without giving further details.

While waste incineration will remain ineligible for support, the government is now proposing to count energy from the biodegradable fraction of waste treated through pyrolysis or gasification. Energy from burning of biomass is also now to be included, as are refurbished or new hydro power stations above 20 megawatts capacity.

### ***Französische Handelsvereinigung fordert freiwillige Vereinbarungen statt neuer Energiesteuer für die Industrie - French business in climate charm offensive***

Die wichtigste französische Handelsvereinigung hat die Regierung aufgerufen, Pläne für die Einführung einer Energiesteuer für die Industrie aufzugeben und stattdessen freiwillige Vereinbarungen mit verschiedenen Industrie-sektoren zu treffen, um die Treibhausgasemissionen bis 2010 signifikant zu verringern (ENDS daily, 20.07.01). Mehr dazu in englisch:

France's main business federation yesterday called on the government to abandon plans for an industrial energy tax and instead enter into voluntary agreements with different industry sectors to cut greenhouse gas emissions "significantly" by 2010.

Medef said it would propose an over-arching 2010 emissions reduction goal for industry by the end of 2002. It wants a parallel emissions trading system to be launched in 2003

The organisation's announcement follows hot on the heels of similar initiatives by several other French industry associations. On Wednesday, the chemical industry association (UIC) said its member companies had taken on a voluntary unilateral commitment to collectively cut emissions by 2010 by 30% based on 1990 levels. The association claimed this would mean an absolute reduction of 11-22m tonnes of carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) and require a "constant effort" to improve energy efficiency.

Next, the construction industry said it was committed to cutting emissions from new non-residential buildings by 20%. It added that the latest energy efficiency standards for new buildings could be "rapidly extended to existing buildings". The metallurgic industry is understood to have presented its own plan to reduce emissions.

Medef leaders and UIC president Jean Pelin used their organisations' announcements to call on the government to abandon plans for "any type of climate change-related tax" or statutory emission limits. A national industrial energy tax was supposed to have entered into force from 1 January this year, but was blocked at the last minute by France's constitutional court.

Newly-appointed environment minister, Yves Cochet, last week stressed that a revised energy tax proposal was among his priorities. The new industry push for alternative approaches further weaken his chances of success, given limited parliamentary time available before next year's elections and opposition from finance minister Laurent Fabius.

### ***Holländische Ökosteuereinnahmen erreichen neuen Höchststand - Dutch ecotax revenue hits new high***

Im letzten Jahr lag der Anteil der Umweltsteuern in den Niederlanden bei 14% des Gesamtsteueraufkommens, für 2002 werden sogar mehr als 15 % erwartet. Diese Zahlen bestätigen, dass die Niederlande innerhalb der EU bei der Umweltbesteuerung führend sind. Die Regierung prüft derzeit auch eine Energiesteuer für die Industrie und ein Pfand für Getränkeverpackungen (ENDS daily, 13.07.01). Mehr dazu in englisch:

Environmental taxes accounted for more than 14% of total tax revenue in The Netherlands last year, the finance ministry announced on Wednesday. The data confirms that the Netherlands is an EU leader in environmental taxation.

The ministry projects that green taxes will account for just over 15% of revenue by 2002, representing a considerable increase since 1997, when green taxes accounted for about 10%. The most recent EU figures estimated that in 1997 national green taxes accounted for 6.71% of total tax revenue.

Despite the Netherlands' progress in increasing green tax revenues, there are signs of a slowdown on the horizon. A report by a national stakeholder working group has concluded that "the big steps have already been taken" and that there remain few sizeable opportunities for new green taxes. Tax breaks and other fiscal incentives should be explored instead, it says.

The working group was unable to agree on whether the government should develop an industrial energy tax, however. A finance ministry spokesperson told Environment Daily that the working group's impasse had prompted finance minister Gerrit Zalm to urge national political parties to publicise their views on the issue ahead of next year's elections. This would give the next government a better indication of the level of support for such a tax, said the spokesperson.

The only major change recommended by the working group was for an increase in company car taxation. Currently, company cars benefit from much lower tax rates than private cars and the group wants the gap between the two closed. It also supports plans to tax drinks packaging and has suggested a tax break for "noiseless" car tyres.

**Ökostrom-Richtlinie vom Europaparlament verabschiedet – Neuer Schub für erneuerbare Energien**

Osnabrück. Nach mehrjährigen Diskussionen hat das Europäische Parlament heute in Straßburg die Richtlinie für "Strom aus erneuerbaren Energien im Elektrizitätsbinnenmarkt" verabschiedet. Dadurch soll der Anteil des Ökostroms am Strombedarf bis zum Jahre 2010 auf rund 22 Prozent verdoppelt werden.

"Dieses neue Regelwerk setzt einen neuen, deutlichen Schwerpunkt für erneuerbare Energien in der europäischen Energiepolitik. Damit ist die Investitionssicherheit für die nächsten Jahre gegeben", betont Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE).

Die Richtlinie sieht vor, dass die Europäische Kommission vier Jahre lang die unterschiedlichen nationalen Fördersysteme beobachtet und deren Erfolg am Ende dieses Zeitraums bewertet. Diese Erfahrungen können dann in eine harmonisierte europäische Richtlinie einfließen. Aber nach In-Kraft-Treten eines Gemeinschaftssystems behalten nationale Regelungen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieben Jahre lang ihre Gültigkeit. "Das heißt konkret: Auch wer im Jahr 2013 investiert, kann auf die 20-jährige Laufzeit der Vergütungssätze des EEG bauen", ergänzt Dr. Ahmels.

Der BWE-Präsident bedauert allerdings, dass sich EU-Parlament und Rat vorerst nicht auf verbindliche Ziele für die einzelnen Mitgliedsstaaten einigen konnten. Erst wenn sich herausstellen sollte, dass die Länder die nun vorgegebenen "Ziel"-Werte voraussichtlich nicht erreichen würden, kann die EU-Kommission weitere Schritte beschließen.

Wichtig ist jedoch, dass bei Strom aus Müllverbrennungsanlagen nur der Anteil der Biomasse als erneuerbare Energien gefördert werden kann. "Damit ist gewährleistet, dass die Gelder tatsächlich in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen und nicht in die Abfallbeseitigung", so Dr. Ahmels abschließend.

Osnabrück, den 04.07.2001 (ECO-News, 06.07.01)

Für Rückfragen: Bundesverband WindEnergie e.V.

Dr. Peter Ahmels Tel.: 04425-227 oder 0170 8014375

Hintergrundinformationen: Die Modelle zur Förderung regenerativer Energien und ihre (Miss-) Erfolge

Vergleich von Preis- und Quotenmodell für die Windkraftnutzung in Europa (Stand 31.12.00)					
	Land	Installierte Nennleistung Ende 2000 (MW)	Ausbau in 2000 (Megawatt)	Installierte Nennleistung pro Kopf (Watt/ Einwohner)	Installierte Nennleistung pro Fläche (kW/km <sup>2</sup> )
Länder mit gesetzlichen Festpreisen (Einspeisegesetz)	Deutschland	6.113	1.670	74,57	17,12
	Spanien	2.535	993	64,39	5,02
	Dänemark*	2.282	511	430,48	52,95
	<b>Summe</b>	<b>10.930</b>	<b>3.174</b>	<b>86,28</b>	<b>12,08</b>
Länder mit Mengenregelungen (Aus-schreibung)	Großbritannien	406	62	6,88	1,67
	Irland	93	20	25,4	1,32
	Frankreich	60	38	1,02	0,11
	<b>Summe</b>	<b>559</b>	<b>120</b>	<b>4,61</b>	<b>0,65</b>

\*Dänemarks Boom im vergangenen Jahr beruhte auf einer Übergangslösung. (aus: Neue Energie 07/2001, S. 18)

***Die EU möchte durch Steuerinstrumente den Wasser- und Schienentransport fördern – Taxes included in EU guidelines for transport policy***

Die EU-Kommission hat neue Transportrichtlinien gebilligt, die eine Förderung des Wasser- und Schienentransportes durch Steuerinstrumente, vor allem Treibstoffsteuern und Straßenmaut, vorsehen (Tax News Update, Vol. 19, No. 4, 24.07.01). Mehr dazu in englisch:

The EU Commission has approved new transport policy guidelines that include recommendations of tax tools to encourage the use of non-road transport. The guidelines will provide the groundwork for the details of sixty proposals to be included in a White Paper for formal adoption in September. The goal of the plan is to decouple road transport growth and economic growth. To do so, the guidelines recommend supporting rail, sea, and inland waterways transport. Road transport currently represents 44% of the goods transport market and 79% of the passenger transport market. The paper concludes that the heavy use of road transport is because external costs of road use have not been included in transport prices. The adopted guidelines state that "The integration of external costs must encourage the use of modes with a lower environmental impact and facilitate investment in new infrastructure." In order to incorporate the external costs of road transport into prices, the guidelines recommend aligning infrastructure charges and fuel taxation for commercial road users and levying tolls in areas that will need future infrastructure.

For more information go to <http://europa.eu.int/index-en.htm>

***Neuer französischer Umweltminister erklärt Ausdehnung der Steuern für Verschmutzung und Petroleumprodukte zur Priorität – New French Environment Minister announces TGAP as Priority***

Yves Cochet, neuer französischer Umweltminister, hat seine beiden Steuerprioritäten bekanntgegeben. Zuerst möchte er die generelle Steuer für Verschmutzung (TGAP) ausdehnen, zum zweiten plädiert er für die Einführung einer höheren Steuer auf Petroleumprodukte (Tax News Update, Vol. 19, No. 4, 24.07.01). Mehr dazu in englisch:

The new French environment minister, Yves Cochet, appointed by French Prime Minister Lionel Jospin to replace Dominique Voynet, has announced two tax priorities. The first is to extend the general tax on polluting activities (TGAP) and the second is to introduce a higher tax on petroleum products. Cochet is planning on working with finance minister Laurent Fabius to reinvigorate the effort to extend TGAP that was censured by the Constitutional Council in December. Cochet envisions a low-rate, but broad-based, tax on energy consumption and using the revenues from the tax to reduce taxation of work. Fabius is likely to oppose an extended TGAP in favor of voluntary agreements with businesses. (Tax Analysts, Tax Base: International Overview, July 20, 2001).

## **4. AKTIVITÄTEN RUND UM DIE ÖKOSTEUER**

***Energiekampagne 10000plus***

Die Katholische Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) möchte mit dem Start der Kampagne 10000plus am 1. Oktober Klimaschutz konkret machen. Innerhalb der Aktion sollen mindestens 10.000 herkömmliche Glühbirnen gegen Energiesparlampen eingetauscht werden, wobei jede Lampe einen „Beipackzettel“ mit Verlosungsabschnitt enthält. Damit würde die Umwelt mit rund 3.859 Tonnen CO<sub>2</sub> entlastet. Die KLJB-Ortsgruppe, die am meisten Energiesparlampen verkauft, gewinnt einen Preis.

Infos unter <http://www.10000plus.de>

***Spritspartour des BUND***

Zu den Aktivitäten des BUND lesen Sie bitte den Artikel von Matthias Seiche (BUND) unter der Rubrik „Nachrichten und Kommentare des BUND“.

## 5. WEITERE UMWELT- UND FINANZTHEMEN

### ***Benzinpreise steigen – Droht neue Spritpreis-Spirale?***

Spiegel-Online berichtet am 26.07.01, dass aufgrund einer Entscheidung der OPEC, die Ölfördermenge zu reduzieren, erneut steigende Benzinpreise drohen. Mehr dazu

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,147040,00.html>

### ***David gegen Goliath: Abhängigkeitserklärung des Menschen von Natur und Kosmos***

Anlässlich seines 15-jährigen Bestehens hat der Verein David gegen Goliath in der Süddeutschen Zeitung (14./15.07.01) eine Abhängigkeitserklärung des Menschen von Natur und Kosmos veröffentlicht. An der Aktion haben sich zahlreiche Personen beteiligt, deren Namen in der Anzeige erwähnt wurden. Am 15. Juli feierte der Verein sein Jubiläum mit einer Solarparade in München. Die vollständige Erklärung:

15 Jahre David gegen Goliath: Abhängigkeitserklärung des Menschen von Natur und Kosmos

Angesichts der drohenden Klimakatastrophe, des rasanten Aussterbens von Tier- und Pflanzenarten, der zunehmenden Verschmutzung von Luft und Wasser, der Abholzung unserer Wälder, der Versteppung und Verwüstung unserer Erde, zubetonierter Landschaften, wachsender Atommüll-Berge und immer hemmungsloserer Genmanipulation erklären wir hier und heute:

Wir sind nicht Beherrscher und Richter über unsere Erde, sondern wir sind Teil eines unendlichen Netzwerkes des Lebens!

Wir sind abhängig von der Erde und all unseren Mitgeschöpfen, wie auch von den Energien des end- und grenzenlosen kosmischen Raumes:

- wir sind abhängig von der Fruchtbarkeit unserer Erde
- wir sind abhängig von sauberer Luft und sauberem Wasser
- wir sind abhängig von erträglichem Klima
- wir sind abhängig von gesunden Bäumen und Wäldern
- wir sind abhängig von großen und kleinen Tieren
- wir sind abhängig von der unendlichen Vielfalt von Mikroorganismen
- wir sind abhängig vom geordneten Lauf der Gestirne, Kometen und Planeten.

Wir haben als Treuhänder der Erde versagt und eine auf Macht, Geldgier und Vergnügungssucht gegründete Zivilisation aufgebaut:

Von arrogantem Machbarkeitswahn durchdrungen, haben wir wider besseres Wissen unserem Heimatplaneten Erde schwerste Schäden zugefügt – zu unserem eigenen und zum Nachteil aller späteren Generationen.

Die von führenden UN-Klimaexperten noch für dieses Jahrhundert vorausgesagte Temperaturerhöhung um 5°C wird die weite Bereiche unserer Erde dominierenden Konsum- und Spaß-Gesellschaft tiefgreifend erschüttern.

Es ist an der Zeit, den oft fehlinterpretierten Satz „Macht Euch die Erde untertan“ richtigerweise zu verstehen als „Macht Euch der Erde untertan“.

Wir sind uns bewußt: Die Menschen sind im Verhältnis zur Erde fast ein Nichts, wie auch die Erde im Verhältnis zum Kosmos fast ein Nichts ist.

Wir Menschen sind begrenzt durch die Endlichkeit unseres Lebens, durch die Schranken von Weisheit und Einsicht, durch die Verletzlichkeit unseres Körpers und unserer Seele.

Eine solare Zeitenwende tut not: Die Sonne, Ursprung unseres Lebens, ist die unerschöpfliche umweltfreundlichste und sozial verträglichste Energiequelle. Sie in Dankbarkeit zum Segen aller zu erschließen ist die Zukunftsaufgabe schlechthin.

Bauen wir gemeinsam an einer liebevollen, friedlichen, achtsamen und harmonischen Welt, in der die Würde des Menschen und aller Mitgeschöpfe, die Ehrfurcht vor dem Leben und die Liebe zum Leben Richtschnur unseres Handelns werden. Es kommt auf jede Einzelne und jeden Einzelnen an – jetzt!

### ***Ein waghalsiger Tanz vor dem Abgrund - Grundsätzliches zum Handel mit Emissions-Zertifikaten***

Die Wirklichkeit scheint grausam. Angesichts vielfältiger Bemühungen, sich der umweltpolitischen Verantwortung - dem Klimaschutz - zu stellen - , erfährt das Engagement um die Einführung des nationalen und internationalen Emissionsschutzhandel nur bedingte Zustimmung. Aus den Reihen der FDP und manch anderer Politiker wird schon heute die Warnung laut, das Zögern würde auch diesmal dazu führen, das Deutschland den in-

ternationalen Anschluss verliert. Fieberhaft versucht man darauf aufmerksam zu machen, dass andere Länder wie Großbritannien, Kanada, Dänemark und Irland auf diesem Gebiet weitaus schneller seien. Erste Handelstätigkeiten zum Austausch von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten werden vorbereitet, einzelne Umweltprojekte wie z.B. die Entstehung eines Windparks gar vom Zustandekommen künftiger Zertifikate-Abkommen abhängig gemacht. Aber worum geht es denn wirklich?

#### Klimaschutzverpflichtungen

1997 haben sich im Rahmen des Protokolls zur Klimaschutzkonferenz von Kyoto 38 Industrienationen zur Reduktion ihrer Treibhausgas-Emissionen verpflichtet. Entsprechende Reduktionsziele wurden einzelstaatlich festgelegt. Deutschland ist aufgrund der EU-Lastenverteilung dazu angehalten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2008/2012 um 21 % zu senken. Unabhängig davon hat die deutsche Regierung eine Verminderung um 25 % gegenüber dem Stand 1990 bis 2005 zugesagt.

Das Protokoll von Kyoto nennt verschiedene Wege, um die Reduktion von Treibhausgasen umzusetzen. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen (gesetzliche Höchstgrenzen, Steuerpolitik) wurde der Handel mit Emissionsrechten angeführt.

Obwohl schon konkrete Vorschläge vorlagen, wie einzelne Staaten im eigenen Bereich etwas zur Verminderung der Emissionen tun können, fand die Idee, mit Berechtigungsscheinen zur Emission von Treibhausgasen einen internationalen Handel zu betreiben, bei den Globalisierungsfreunden den besten Anklang. Zu diesem Zweck begann eine endlose Kette von Konferenzen. Grundsätzliche Entscheidungen zur Steuerung und Kontrolle des Zertifikatehandels sowie zur Einigung über anzuerkennende internationale Emissionsminderungsmaßnahmen wurden von einer Klimaschutzkonferenz auf die andere vertagt. Die letzte Konferenz in Den Haag scheiterte gar, da in verschiedenen strittigen Punkten keine Einigung erzielt werden konnte.

Besorgten Umweltfreunden erscheinen die äußerst störanfälligen und langwierigen Diskussionen mit Recht wie ein waghalsiger Tanz vor dem Abgrund. Die dramatischen Auswirkungen der klimaschädlichen Gase sind wissenschaftlich belegt und die dringende Notwendigkeit praktischer Gegenmaßnahmen wird angemahnt. Hinzu kommt die erschreckende Erkenntnis, dass viel Zeit mit der Diskussion eines in seiner Effektivität in vielen Gesichtspunkten zweifelhaften Verfahrens vertan wird. Zusätzlich werden immer mehr Informationen über mögliche Umgehungen der einzelstaatlichen Reduktionsverpflichtungen publik.

#### Wie soll der Zertifikatehandel funktionieren?

Emissionszertifikate sollen einem Unternehmen oder einem Staat das Recht verbriefen, eine bestimmte Menge an klimaschädlichen Gasen in einem festgelegten Zeitraum zu emittieren. Dies soll wie folgt organisiert werden:

Ein Staat erhält die Verpflichtung, seinen Ausstoß an klimaschädlichen Gasen im Jahr 2002 um x % zu senken. Die staatlichen Gesamtemissionen klimaschädlicher Gase wie z.B. CO<sub>2</sub>, SO<sub>2</sub> und Methan werden quantifiziert und die jeweilige Quote der Senkung der Emissionen für diese Stoffe festgehalten. Der Staat organisiert über eine Regulierungsbehörde, wie die Reduzierung der Treibhausgase - in Abhängigkeit der „Emissionstätigkeit“ einzelner Branchen - verteilt wird. Die Unternehmen werden verpflichtet, der Regulierungsbehörde X Zertifikate vorzulegen, die die Reduzierung von Emissionen belegen. Diese Verpflichtungen können sie auf folgende Art und Weise erfüllen:

#### Nationaler Handel

Das Unternehmen darf in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Menge an CO<sub>2</sub> (und anderen klimaschädlichen Gasen) emittieren. Da die staatlich festgelegte Quote zur Reduktion von Emissionen führen soll, werden die Unternehmen durch diese verbrieften Emissionsrechte dazu angehalten, ihren Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren. Betreiber kleinerer regenerativer Energieanlagen werden andererseits für ihre erzeugte Energiemenge eine gewisse Anzahl von Zertifikaten erhalten, die sie an Unternehmen veräußern können. Der Aufwand wäre enorm, die letztendlichen Preise für eine Kilowattstunde EE-Strom unsicher.

Unternehmen können ihren Verpflichtungen nachkommen, indem sie

A) technische Maßnahmen ergreifen, die zur Senkung der Emissionen führen.

Da marktwirtschaftliche Prinzipien die emissionsmindernden Umweltschutzmaßnahmen lenken sollen, wird der Kosteneffizienz den Vorrang gegeben. Die Folge davon wäre, dass die für eine Energiewende notwendige Entwicklung aller vorhandenen Technologien – auch derer, die im derzeitigen Pool marktreifer CO<sub>2</sub>-Minderungstechniken keinen Bestand haben – ausgebremst würde. Für die Installation von PV-Systemen, von Biogas- oder Biomasseanlagen wäre in diesem System aus heutiger marktwirtschaftlicher Sicht kein Platz!

B) Emissionsrechte, die nicht erfüllt bzw. übererfüllt werden, können auf einer Handelsplattform zum Austausch kommen.

Ein Zertifikate veräußerndes Unternehmen erhält für die übertragenen Emissionsanteile eine Zahlung in entsprechender Höhe (in verschiedenen Veröffentlichungen wird eine Preisspanne von 10 – 150 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> genannt). Ein Zertifikate erwerbendes Unternehmen kann seine Verpflichtungen nicht erfüllen und gleicht diese durch Zahlungen aus. Somit realisieren nur die Unternehmen Emissionsreduzierungen, die diese auch mit geringstem Aufwand bewerkstelligen können. Als mögliche Handelsplattform wurde auch das Internet benannt. Dieses System kann aber nur dann zu tatsächlichen Reduzierungen führen, wenn ein staatlicher Kontrollapparat zur Überwachung der Zertifizierung von Minderungsmaßnahmen und zur Einhaltung der unternehmerischen Verpflichtungen eingerichtet wird.

#### Internationaler Handel

Sowohl die einzelnen Unternehmen als auch die Staaten können auf internationalen Märkten mit ihren Emissionszertifikaten handeln.

#### *Kritikpunkte:*

- Emissionminderungsmaßnahmen bleiben auf die billigsten Technologien beschränkt. Die Markteinführung neuer Technologien unterbleibt.
- Nicht benötigte Emissionsrechte, die aufgrund von Vorreiter-Lösungen in einzelnen Staaten und Unternehmen vorliegen, können nach einem Verkauf die nationalen Erfolge konterkarieren.
- Entwicklungsländer, die weit unter dem internationalen technologischen Standard produzieren, können dem internationalen Druck kaum standhalten. Eine zunehmende Verschuldung wäre denkbar; ein internationaler Technologietransfer würde, dem Aufbau eigener Wirtschaftszweige entsprechend, den nationalen und historischen Besonderheiten entgegenwirken.
- Es ist nicht einzusehen, warum Länder, die die bisher schwersten Folgen der CO<sub>2</sub>-Emissionen tragen müssen, z.B. Indien und Mocambique, von einer internationalen Quotierung der Emissionsreduktion abhängig wären. Zudem ist es völlig unverständlich, warum einzelne Industrieländer weiterhin das verbriefte Recht zu unverhältnismäßig hohen Emissionen erhalten, im Gegenzug jedoch in Ländern der Dritten Welt jedes Jahr viele Tausend Menschen an den Folgen der Klimaveränderungen enormen Schaden nehmen. Aber auch in hochentwickelten industrialisierten Ländern widerspräche ein solcher Handel grundlegenden Werten sozialer Gleichbehandlung. Welche Rechtfertigung gäbe es dafür, dass Bewohner bestimmter Regionen mehr, andere dagegen weniger Emissionen ertragen müssten?
- Ein internationaler Handel mit Emissionszertifikaten würde eines gewaltigen, politisch unabhängig und rechtlich zuverlässig Kontrollapparates bedürfen. Der Austausch von Daten zur Überwachung der Umweltdaten müsste störungsfrei und gesichert funktionieren. Zwischen allen Staaten wäre ein permanenter Abstimmungsbedarf erforderlich. Da man sich derzeit in den vielzähligen Klimakonferenzen noch nicht einmal über die Anerkennung verschiedener Mechanismen verständigen kann, zusätzlich schon heute vielzählige Schlupflöcher erkennbar werden, ist kaum anzunehmen, dass ein solch gewaltiger Kontrollapparat problemlos funktionieren könnte. Die internationale Plattform „Renewable Energies Certificates System (RECS)“, die künftig bei der Organisation der internationalen Aktivitäten eine Rolle spielen könnte, versucht in Pilotprojekten seit Anfang des Jahres die weltweite Einführung des Zertifikatehandels zu erproben. In ihr sind eine Vielzahl von Firmen, vornehmlich der Energiebranche vertreten, die bisher als Ausbremsler der regenerativen Entwicklung bekannt sind. (Auf der Internetseite <http://www.recs.org> findet man im Firmenverzeichnis für Deutschland u.a.. EnBW, RWE und HEW.)

#### Fazit

Die Strategie, über einen international organisierten Emissionshandel die dringend notwendigen Verbesserungen des Klimas zu erreichen, ist aus den oben genannten Gründen weder hoffnungsvoll, noch überzeugend und zuverlässig. Die Vorteile, die sich aus ordnungspolitischen Maßnahmen (Festpreisregelung für die Erzeugung regenerativen Stroms, Ökosteuern) ergeben, können in keiner Weise erreicht werden.

Auch ein Nebeneinander beider Fördermechanismen, dem ordnungspolitischen und dem emissionsrechtlichen, wäre nicht denkbar, da sie im Grundlegenden unvereinbar sind. Zudem sollte man folgendes bedenken: Sobald einzelne, derzeit marktwirtschaftlich noch nicht ausgereifte Techniken zur CO<sub>2</sub>-Minderung nur in einzelnen Staaten durch eine Festpreisregelung subventioniert würden, würde erneute Kritik darüber aufkommen, dass im internationalen Handel einige Länder günstigere Gesamtvoraussetzungen zur Entwicklung ihrer Technologien hätten. Die dringend erforderliche und bewährte deutsche Festpreisregelung wäre gefährdet.

Können wir es uns also leisten, weiterhin vor dem Abgrund zu tanzen?

Die internationale Staatengemeinschaft wäre besser beraten, wenn sie den mit Milliardenaufwand immer wieder neu abgehaltenen internationalen Klimakonferenzen ein Ende bereiten würde. Die einzig notwendige Beschluss müsste lauten: Die uneingeschränkte Unterstützung der Entwicklung regenerativer Energien und aller anderen Techniken (ausgenommen der Atomenergie!), die zur Minderung klimaschädlicher Gase beitragen.

Ergänzende Informationen zum obenstehenden Artikel (ebenfalls übernommen aus Solarbrief 2/01 des Solarenergie-Fördervereins):

Traumtäzerei... Unbezahlbarkeit...

Wir alle sind verwöhnt durch funktionierende TÜV- und ASU-Kontrollen. Doch wer einmal an einem heißen, windstillen Tag an den Auspuffschwaden einer Riesenstadt wie Kalkutta fast erstickt ist, hat dabei alle Erfahrungen gesammelt, die er braucht um die Chancen einer wirksamen Emissionskontrolle abzuschätzen. Er weiß, dass die Schwellenländer keine Überwachungsinstitutionen für Emissionen besitzen, dass ihnen jedes Bewusstsein dafür fehlt, dass man Emissionen vermindern muss und kann, und schließlich, dass die dort herrschende Backschisch-Mentalität jede staatlich verordnete Einschränkung der Emissionen zu umgehen wüsste. Mit dem technisch korrekten Messen der Emissionen ist es ja nicht getan. Es muss der ernsthafte staatliche Wille vorhanden sein, die Emissionen auch entsprechend den eingegangenen Verpflichtungen nicht nur auf dem Papier, sondern auch tatsächlich zu vermindern und schließlich muss dieser Wille auch noch durch nachgeordnete Behörden vor Ort durchgesetzt werden. Der Aufbau eines funktionierenden weltweiten Netzes von Emissionskontrollen ist erstens unbezahlbar und zweitens auch aus gesellschaftspolitischen Gründen noch für die nächsten hundert Jahre eine Utopie. (WvF)

Einige Schlupflöcher im geplanten Handel mit Zertifikaten*Schlupfloch 1: „Klimaschutztechniken“:*

- Indien äußerte die Idee, sich von einem Industrieland Umgehungsautobahnen um seine Großstädte bauen zu lassen und dies als gekaufte Klimaschutztechnik abzurechnen. Schließlich verringerten Umgehungsstraßen Staus und würden so Emissionen mindern.
- Pakistan, Indien, China und Vietnam stellten auf dem letzten Arbeitstreffen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) klar, dass nur wenige neue Atommeiler realisiert würden, sollte der Bau von Atomkraftwerken nicht als wirkungsvolle Maßnahme für den Klimaschutz anerkannt werden.

*Schlupfloch 2: Die „Vielfalt“ der CO<sub>2</sub>-mindernden Maßnahmen*

- Ein Beispiel: Greenpeace und WWF machten im November letzten Jahres auf ein irrwitziges Projekt auf der australischen Insel Tasmanien aufmerksam. Dort beabsichtigt die japanische Firma Tokyo Electric Power Company (Tepco), eine neue Holzplantage mit dem schnellwachsenden Eukalyptusbaum anzulegen. Zu diesem Zweck soll ein Urwaldgebiet von 3000 ha Gesamtfläche gerodet werden. Diese ökologische Katastrophe wird von den Verantwortlichen damit gerechtfertigt, dass die neu entstehende Eukalyptusbaum-Monokultur regelmäßig Holz liefere, welches in Form von Möbeln, Häusern und Papier dauerhaft CO<sub>2</sub> speichere.... Das Ziel dieser Aktion soll es sein, Emissionsrechte gutgeschrieben zu bekommen.

*Schlupfloch 3: Verschmutzungsrechte - ein Alibi für die Unterlassung kostenintensiverer Investitionen in den Klimaschutz*

- Russland und die Ukraine hoffen, ein Recht auf die Emission von 1.200 Millionen t CO<sub>2</sub> zu erhalten, da sich die Festlegung ihrer Reduktionspflicht auf die Zeit vor dem Zerfall der Sowjetunion bezieht (1990). Zu diesem Zeitpunkt befand sich die sowjetische Wirtschaft am Boden. Das Recht auf das gigantische „Mehr“ an CO<sub>2</sub>-Emissionen ist für diese Länder ein guter Grund, beim Aufbau neuer Industrieanlagen Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung keine wesentliche Bedeutung zuzumessen.

Literatur:

1. „Klima im Wandel“, Aktueller Stand der Entwicklungen im Klimaschutz, Thesen zum Emissionsschutzhandel, PricewaterhouseCoopers - Rechtsanwaltsgesellschaft
2. „Kommissionstudie zu Emissionsrechtshandel“, veröffentlicht unter <http://www.europa.eu.int/comm/enviroment/enveco/stu-dies2/htm>

3. „Emissionszertifikate“, Informationsdienst der Deutschen Wirtschaft
4. „Marktwirtschaftliche Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energieträger“, Antrag der F.D.P. an Deutschen Bundestag, Drucksache 14/5328 (<http://www.bundestag.de>)
5. Statements des SFV zum Zertifikatehandel (<http://www.sfv.de>)

(Susanne Jung, Solarbrief 2/01 des Solarenergie-Fördervereins)

### ***Umweltschutz gibt 1,3 Millionen Menschen Arbeit***

In Deutschland arbeiten rund 1,3 Millionen Menschen im Umweltschutz, das sind fast 4 Prozent der Beschäftigten. Das geht aus dem Jahresbericht 2000 des Umweltbundesamtes (UBA) hervor, den Bundesumweltminister Jürgen Trittin heute der Öffentlichkeit vorstellte. „Umweltschutz hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einem wichtigen positiven Wirtschafts- und Standortfaktor in Deutschland entwickelt. Das ist nicht zuletzt auf eine anspruchsvolle Umweltpolitik zurückzuführen, die auch positive Impulse für den Arbeitsmarkt gegeben hat“, sagte der Minister.

Im Auftrag des UBA hat das IFO Institut für Wirtschaftsforschung, München, die neuesten verfügbaren Zahlen der Arbeitsplätze im Umweltschutz von 1998 ausgewertet. Demnach hingen mindestens 1,3 Millionen Arbeitsplätze vom Umweltschutz ab. Bezogen auf 37,5 Millionen Erwerbstätige sind das rund 3,6 Prozent aller Beschäftigten. Damit waren im Umweltschutz mehr Menschen beschäftigt als im Maschinenbau (gut 1,15 Millionen), Fahrzeugbau oder im Ernährungsgewerbe (jeweils knapp unter 1 Million). Die Schätzung von gut 1,3 Millionen liegt dabei an der unteren Grenze der tatsächlichen Beschäftigten.

Bundesumweltminister Trittin: „Eine ambitionierte Klimaschutzpolitik, wie sie von der Bundesregierung konsequent umgesetzt wird, kommt nicht nur der Umwelt zugute, sondern bringt auch kräftige Impulse für den Arbeitsmarkt. Damit wird auch die Behauptung widerlegt, Klimaschutz schade der Wirtschaft.“ Nach einer Studie der Prognos AG, Basel, ist bis 2005 mit der Entstehung von 155.000 Arbeitsplätzen – vor allem in den Sektoren Bau und Maschinenbau – zu rechnen. Bis 2020 werden sogar 190.000 zusätzliche Arbeitsplätze prognostiziert. Der Minister wies auf die von der Bundesregierung ergriffenen Massnahmen hin, die Impulse für neue Arbeitsplätze im Umweltschutz geben. Trittin: „Dazu gehören die Energieeinsparverordnung ebenso wie das Programm zur Wärmedämmung von Gebäuden und die Förderung der erneuerbaren Energien. Allein in diesem Bereich sind schon rund 70.000 Arbeitsplätze entstanden. Hier ist die Bundesrepublik international führend.“ Auch die kürzlich verabschiedete Biomasse-Verordnung werde zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im landwirtschaftlichen Bereich beitragen.

Zwei Drittel der Arbeitsplätze im Umweltschutz lassen sich den Dienstleistungen zurechnen (906.500). Besonders hohe Zuwachsraten werden in den Bereichen Energieeinsparung und Wärmeschutz erwartet. Die Beschäftigung wird sich dort bis 2005 gegenüber 1998 laut UBA-Bericht voraussichtlich von 21.000 auf 45.000 mehr als verdoppeln. (Umwelt/UBA-Jahresbericht, 21.06.01)

Hinweis: Zum Thema Umweltschutz und Arbeitsplätze gibt es auch ein Hintergrundpapier des UBA (<http://www.umweltbundesamt.de>).

### ***Letzte Ausfahrt Bonn, via Den Haag***

Der Klima-Tross macht wieder in Deutschland Station, zum dritten Mal nach Berlin (1995) und Bonn (1999). „Letzte Ausfahrt Den Haag“, so hatte eine plakative Warnung vor der letzten Konferenz der Vertragsstaaten gelautet, die im November in den Niederlanden zu Ende ging – ohne jedes greifbare Ergebnis. Letzte Ausfahrt verpasst? Ist nun der mühsame, 1992 in Rio begonnene Versuch gescheitert, dem vom Gros der Wissenschaft befürchteten Klimawandel mit einem globalen Abkommen entgegenzusteuern? Die Delegationen aus mehr als 160 Nationen retteten sich in ein Moratorium, sie hielten die Uhren an in Den Haag. Die sechste Konferenz der Vertragsstaaten der Klima-Rahmenkonvention wurde nicht abgeschlossen, sondern unterbrochen. Fortsetzung also Mitte Juli in Bonn, einerseits auf fast unveränderter Verhandlungsbasis, andererseits aber unter dramatisch veränderten Vorzeichen.

Die Basis ist nach wie vor das 1997 im japanischen Kyoto verabschiedete Protokoll. Erstmals wurden bindende Ziele für die Industrieländer festgelegt, konkrete Margen für die Reduktion der sechs wichtigsten Treibhausgase. Spätestens im Jahr 2012 sollten diese Staaten das Schadstoff-Niveau von 1990 insgesamt um mindestens fünf Prozent unterschritten haben. Die EU-Länder als Einheit müssten dabei um acht Prozent reduzieren, die USA um sieben, Japan und Kanada um sechs Prozent. Die EU-interne Verteilung bürdet Deutschland und Dänemark die größten Lasten auf (minus 21 Prozent), während Staaten mit Entwicklungs-

bedarf noch zulegen dürften, zum Beispiel Spanien und Portugal.

Das Etappenziel ist definiert, aber es fehlt nach wie vor der Konsens über die Wege, die zu diesem Ziel führen. In welchem Umfang können sich die Industriestaaten Maßnahmen zum Klimaschutz anrechnen lassen, die sie jenseits ihrer Grenzen leisten? Wie soll eine internationale Börse funktionieren, an der „Verschmutzungslicenzen“ gehandelt werden? Wie kommen Wälder und landwirtschaftlich genutzte Böden zur Anrechnung, die Kohlendioxid binden, aber auch wieder freisetzen können? Welche Sanktionen müssen Klimasünder befürchten, und wer kontrolliert das alles? Und, gerade für die deutsche Regierung ein hochsensibles Thema: „Soll das Klima auch mit Hilfe von Kernkraftwerken gerettet werden, da diese doch Strom produzieren, ohne nennenswert zur Erwärmung beizutragen?“

Offene Fragen auch in Bonn und dazu eine amerikanische Regierung, die sich vom Kyoto-Protokoll losgesagt hat. Zusammen mit den Opec-Staaten, mit Kanada, Australien, von Fall zu Fall auch mit Japan oder Russland, hat die US- Delegation stets gebremst im Klimaschutz-Prozess. Und doch war ein sanfter Wandel zu spüren in all den Jahren des Konferenz(un)wesens. Immer weniger haben die Amerikaner an den wissenschaftlichen Grundannahmen gezweifelt, die einen von Menschen verursachten Klimawandel wahrscheinlich erscheinen lassen. Nun aber hat George W. Bush, der neue Präsident, den alten Zweifeln neue Nahrung gegeben. Auch in Senat und Repräsentantenhaus hatte die unpopuläre Klimakonvention nie eine Chance, woran der Mehrheitswechsel im US-Senat wohl nichts ändern wird. Daher droht sich die Schere weiter zu öffnen: Business as usual, das würde bedeuten, dass die USA 2012 das Kyoto-Ziel um ungefähr dreißig Prozentpunkte verfehlen würden.

„Nicht ohne die USA“, diese alle Konferenzen beherrschende Maxime, ist fürs erste obsolet geworden. Was das bedeutet, darüber wird spekuliert seit der harschen Absage aus Washington. Es ist auch die Stunde der Wahrheit für die Staaten der Europäischen Union. Deutschland, Großbritannien und Luxemburg sind bisher die einzigen, die Erfolge im Klimaschutz vorweisen können. Alle anderen blieben zwar brav auf EU-Kurs, konnten sich aber im Zweifel darauf verlassen, dass die Amerikaner schon die schlimmsten Zumutungen verhindern würden. Noch gilt das Einstimmigkeitsprinzip, noch sind die Amerikaner Vertragspartner, noch könnten sie mit ihrem Veto eine Übereinkunft torpedieren, an die sie sich ohnehin nicht gebunden fühlen. Es gilt aber als gesichert, dass sie sich in Bonn der Stimme enthielten, käme es denn einem Ergebnis. Sicher ist auch, dass ein völkerrechtlicher Vertrag sehr viel an Wert verliert ohne die Nation, die alleine ein Viertel der globalen Treibhausgase zu verantworten hat. Aber wird es nun leichter, da auf Washington keine Rücksicht zu nehmen ist?

Nach den komplizierten Regularien kann das Kyoto-Protokoll in Kraft treten, wenn es von 55 Prozent der Vertragsstaaten ratifiziert wird. Das ist kein Problem, dafür sorgen schon die Staaten der Zweiten und Dritten Welt, die noch keine Verpflichtungen haben, aber die größten Risiken eines Klimawandels tragen. Das Problem ist Voraussetzung Nummer zwei: Unter den ratifizierenden Ländern müssen sich Industriestaaten befinden, auf die zusammen mindestens 55 Prozent des Kohlendioxid-Ausstoßes dieser Staatengruppe entfallen. Die USA verursachen allein rund 36 Prozent. Australien und Kanada sind solidarisch mit den Amerikanern – macht schon mehr als 41 Prozent. Käme noch Japan oder Russland hinzu, wäre locker die Sperrminorität von 45 Prozent erreicht.

Ein Erfolg in Bonn steht und fällt also damit, dass Japan und die Nationen des ehemaligen Ostblocks im Boot bleiben. Japan gilt als Wackelkandidat; Hoffnungen richten sich darauf, dass die Gastgeber von 1997 auf das internationale Renommee Wert legen, das mit dem Namen „Kyoto“ verknüpft ist. Andererseits spekuliert man in Japan mit einem deutlichen Zuwachs von Kernenergie, um die miese Klima-Bilanz zu verbessern. Ein solches Programm hätte einen für das Land angenehmen Nebeneffekt, wenn die Reaktor- Technik exportiert werden könnte. Die EU hat aber kategorisch abgelehnt, dass Kernkraft, die anderswo als Energieträger Kohle oder Gas ersetzt, auf dem Klima-Konto des eigenen Landes gutgeschrieben werden kann.

Russland und die ehemaligen Sowjet-Trabanten werden sich sehr genau anschauen, in welchem Umfang sie vom Emissionshandel und von kreditfinanzierter Technik aus dem Westen profitieren können. Da die Industrie in diesen Staaten seit dem Fall des Eisernen Vorhangs einen brutalen Einbruch hinter sich hat, ist die Kohlendioxid-Bilanz entsprechend in den Keller gefallen. Viel Potenzial also, das sich in Devisen umsetzen ließe. Mit dem Tag, an dem die USA von diesem Protokoll Abschied nahmen, liegt der Schlüssel, der die Tür zum Klimaschutz aufsperrt, in Moskau und Tokio (Süddeutsche Zeitung, 20.06.2001, SZ-Klimaserie 1, Wolfgang Roth).

### *Das Spiel mit Feuer, Wasser, Erde und Luft*

Der amerikanische Präsident George W. Bush gab sich ahnungslos. Vor dem Abflug zu seiner ersten Europareise behauptete er, die im Protokoll von Kyoto festgelegten Ziele zum Schutz vor einer menschengemachten Klimakatastrophe seien „willkürlich und nicht wissenschaftlich begründet“. Dummerweise hatte das Weiße Haus wenige Tage zuvor auf eine Anfrage an die Nationale Akademie der Wissenschaften hin genau das Gegenteil erfahren. Die Prognosen des International Panel on Climate Change (IPCC) der Vereinten Nationen gäben „das gegenwärtige Denken der Wissenschaftsgemeinde genau wieder“, so der Leiter der elfköpfigen Expertenkommission der Akademie, Ralph Cicerone: „Wir wissen, dass sich Treibhausgase in der Erdatmosphäre sammeln und zu einem Anstieg der Temperaturen führen.“ Das IPCC rechnet bei unvermindertem Ausstoß klimarelevanter Gase in diesem Jahrhundert mit einem globalen mittleren Temperaturanstieg zwischen 1,4 und 5,8 Grad Celsius. Der Ausstoß der Klimagase ist nicht nur unverändert stark, sondern er steigt sogar weltweit an.

Grundlage der Arbeit des 1988 gegründeten Panels sind die Untersuchungen international anerkannter Wissenschaftler, deren Publikationen einem mehrstufigen Peer-Review- (jeweils durch unabhängige Gutachter geprüften) Verfahren unterzogen werden. Die IPCC-Berichte unterliegen keiner politischen Zensur, wohl aber werden die Zusammenfassungen von Regierungsvertretern redigiert. Dies hat aber nach Erfahrungen der deutschen Experten bisher zu keinen Verzerrungen geführt.

1995 noch rechnete das IPCC mit einem Temperaturanstieg zwischen 1,0 und 3,5 Grad Celsius. Mittlerweile werden weitere Effekte berücksichtigt, die zuvor in den komplizierten Klimamodellen nicht beachtet werden konnten. Zum Beispiel die Tatsache, dass bei höheren Temperaturen Mikroorganismen mehr Kohlenstoff zersetzen, der im Boden gebunden ist und als Kohlendioxid in die Atmosphäre gelangt. Dadurch verstärkt sich der Treibhauseffekt. Die große Spannweite möglicher Temperaturanstiege hat auch damit zu tun, dass man den Einfluss des Wasserdampfs in der Atmosphäre auf das Klima bei Abfassung des jüngsten IPCC-Berichts zwar vermutete, aber noch nicht berechnen konnte. Nunmehr belegen Untersuchungen, an denen das Forschungszentrum Jülich beteiligt ist, dass die Konzentration von Wasserdampf in der Stratosphäre – in 12 bis 50 Kilometern Höhe – in den letzten 45 Jahren um jährlich etwa ein Prozent zunimmt. Das bedeutet eine Abkühlung in der Stratosphäre, aber eine Temperaturzunahme in der darunter liegenden, bis zum Erdboden reichenden Troposphäre. Konsequenz: Der Treibhauseffekt wird dadurch noch einmal so stark beeinflusst wie durch den Anstieg von Kohlendioxid.

Das Wasser kommt einerseits aus den sich erwärmenden tropischen Ozeanen, andererseits entsteht es durch Oxidation von Methan. Dieses auch direkt klimawirksame Gas entweicht ungenutzt aus den Erdöllagerstätten und kommt andererseits aus der Landwirtschaft. Bei Errechnung des Minimalwertes für einen globalen Temperaturanstieg von 1,4 Grad Celsius haben die Klimaforscher den Wasserdampfeffekt nicht berücksichtigt. Entsprechend stärker wird die tatsächliche Erwärmung ausfallen.

Der globale Temperatur-Jahresmittelwert, mit dem die Experten rechnen, ist eine Größe, mit der der Laie nichts anfangen kann. Sie wird anschaulicher, wenn man weiß, dass sich in den letzten paar Millionen Jahren trotz Eis- und Warmzeiten die globalen Temperaturen noch nie um mehr als fünf Grad Celsius nach oben oder unten verschoben haben. Tiere und Pflanzen können sich nach heutigem Wissen an Erwärmungen von maximal einem zehntel Grad im Jahrzehnt anpassen. Im letzten Jahrhundert hat sich die Erde bereits um das gerade noch tolerierte eine Grad Celsius wärmt. Klimaforscher müssen das höchst komplexe Zusammenspiel des Feuers und den damit verbundenen Abgasemissionen mit Wasser, Luft und Erde in ihren Berechnungen berücksichtigen. Allein die Verhältnisse in den Ozeanen sind extrem kompliziert. Wasser ist ein sehr viel besserer Wärmespeicher als Luft. In den vergangenen 45 Jahren haben nach jüngsten Berechnungen einer Forschergruppe vom National Oceanographic Data Center in Silver Spring (USA) die Weltmeere 30 Mal so viel Energie aufgenommen wie die Atmosphäre. Dabei erwärmten sich der Pazifik, der Indische Ozean und der Atlantik in den oberen 3000 Metern durchschnittlich um rund sechs hundertstel Grad Celsius. Doch diese Erwärmung verlief nicht kontinuierlich. Zeitweise gaben die Meere auch mehr Wärme ab, als sie aufnahmen. Je nachdem, wie stark infolge von Strömungen auch die tieferen Meeresschichten mit Warmwasser durchmischt werden, wird die Meeresoberfläche wärmer oder weniger warm. Der Atlantik zum Beispiel erwärmt sich mehr als der Pazifik. Schlussfolgerung der Forscher: Die Beobachtungen in den Meeren lassen sich nur erklären, wenn man davon ausgeht, dass die natürlichen Schwankungen von einer menschengemachten globalen Erwärmung überlagert sind.

Die heutigen Klimamodelle der Forscher sind allerdings nicht genau genug, um verlässliche Prognosen über regionale Klimaveränderungen zu machen oder über das Auftreten von Extremereignissen. Das Klimasystem folgt keiner linearen Dynamik. Das heißt, es kann nicht nur zu schleichenden Veränderungen in einer Richtung kommen, an die sich die Menschheit und die Natur zur Not anpassen könnten. Vielmehr sind dramatische Entwicklungen möglich. Zum Beispiel könnten sich Meeresströmungen wie der Golfstrom verschieben. Riesige Mengen an Treibhausgasen würden zusätzlich freigesetzt, wenn der sibirische Dauerfrostboden plötzlich auftauen würde. Es wäre extrem leichtfertig zu glauben, die Menschheit könne die möglichen Veränderungen in jedem Fall beherrschen (Süddeutsche Zeitung, 22.06.2001, SZ-Klimaserie 2, Martin Urban).

### ***Der Klimakollaps ist vermeidbar***

Seit Beginn der Industrialisierung wächst der Energieverbrauch deutlich rascher als die Anzahl der Menschen. Während die Weltbevölkerung seit 1870 um den Faktor vier auf jetzt sechs Milliarden Menschen stieg, wuchs der kommerzielle Energieverbrauch um den Faktor 60 – und damit der Verbrauch an den fossilen Ressourcen Kohle, Mineralöl und Erdgas. Der Durchschnittsmensch verbraucht also heute 15-mal mehr Energie als 1870. Was passiert, wenn der heutige Lebens- und Konsumstil der westlichen Industrieländer auf die Volkswirtschaften der Schwellen- und Entwicklungsländer übertragen wird, also dort ein ähnlicher Pro-Kopf-Verbrauch an Energie erreicht würden? Je nach Energieträgermix wäre dann eine Verdoppelung, möglicherweise aber auch eine Verdreifachung, des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes die Folge, mit weit reichenden Konsequenzen für das Weltklima. Auch Öl und Gas gingen viel rascher zur Neige, als wir das heute glauben mögen, denn die gegenwärtig als sicher einzustufenden Reserven reichen selbst auf der Grundlage heutiger Fördermengen nur noch für wenige Jahrzehnte.

Es bedarf keiner ausgeprägten Phantasie, um zu erkennen, dass ein solches „Laufen lassen“, der Entwicklung mit dem Konzept der Nachhaltigkeit nicht zu vereinbaren ist. Vielmehr wäre es unverantwortlich, künftigen Generationen eine solche Welt zu hinterlassen. Genauso unverantwortlich ist es aber, große Teile der Weltbevölkerung von der weiteren Entwicklung auszuschließen.

Die Industrieländer, die bei einem Bevölkerungsanteil von nur rund einem Fünftel auch heute noch mehr als 70 Prozent der kommerziell eingesetzten Primärenergie nutzen, haben sicher nicht die Legitimation, sich gegen die „nachholende Entwicklung“ der Entwicklungsländer zu stellen. Vielmehr stehen sie in der Pflicht, alternative Wege aufzuzeigen, die eine klimaverträgliche Energieversorgung aller Menschen ermöglichen, und die notwendigen Technologien dafür zu entwickeln. Die Aufgaben sind aber noch weit komplexer. Klimaverträgliche Energieversorgung bedeutet vor allem den Ausstieg aus der Kohlenstoff-Ära in den Industrieländern und den umweltschonenden Aufbau von Versorgungsstrukturen in den Entwicklungsländern – auch heute sind noch mehr als zwei Milliarden Menschen nicht an das elektrische Netz angeschlossen und damit ausgeschlossen von den modernen Kommunikations- und Handelsströmen.

Diese Prozesse sind aber in Einklang zu bringen mit dem Streben nach einer sicheren Versorgung mit sauberem Wasser, einer zukunftsfähigen Urbanisierung (im Jahr 2015 wird es weltweit voraussichtlich mehr als 30 Städte geben mit einer Einwohnerzahl oberhalb von 10 Millionen), einer zunehmenden Dematerialisierung (durch effizientes Recycling und sorgfältige Produktauswahl), der nachhaltigen Deckung der Mobilitätsbedürfnisse, der umweltverträglichen Versorgung mit Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen sowie letztlich der internationalen Vernetzung der Informations- und Warenströme.

Wie aber kann eine solche Energieversorgung aussehen? Die Graphik zeigt die ganze Bandbreite: Der stark wachsende Energieverbrauch in den Modellen A und B der Weltenergiekonferenz (WEC) und von Shell belegen, dass bei gleich bleibendem Wachstum und weiter steigendem Energieverbrauch auch hohe Beiträge der erneuerbaren Energien ein weiteres Anwachsen des Schadstoffausstoßes nicht vermeiden. Dies unterstreicht die enorme Bedeutung eines wesentlich sparsameren Umgangs mit Energie – speziell in den Industrieländern mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch. Dabei geht es nicht um einen Verzicht oder eine Einschränkung des Lebensstils. Intelligente Sparpolitik setzt auf den Einsatz effizienter Geräte und Produktionsverfahren, die die nachgefragte Dienstleistung mit weniger Energieeinsatz bereitstellt. Diese Techniken sind heute schon entwickelt und wirtschaftlich einsetzbar.

Nur wenn der Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs also gedrosselt werden kann, ist, wie einige der Szenarien in der Abbildung (WEC C, RIGES, Faktor 4 und SEE) zeigen, überhaupt eine Abnahme der CO<sub>2</sub>-Emissionen erreichbar. Will man diese verringern, wird neben dem Zwang zum Energiesparen aus den Modellrechnungen ein zweiter Trend sichtbar: Alle Untersuchungen gehen von einer starken Zunahme erneuer-

barer Energien bis zum Jahr 2050 aus; die Beiträge reichen von 270 Exajoule im Szenario Faktor 4 bis etwa 580 Exajoule im Szenario von Shell. Gegenüber der heutigen Situation, in der erneuerbare Energien (vor allem die traditionelle Nutzung der Biomasse) einen Anteil von knapp 20 Prozent an der Deckung des Primärenergiebedarfs einnehmen, bedeutet dies eine Erhöhung um den Faktor 3,5 beziehungsweise 7,5. Die Energieversorgung basiert dann weltweit zu mehr als 60 Prozent auf erneuerbaren Energien. Vom Potenzial und von der technischen Machbarkeit aus gesehen ist eine derartige Entwicklung durchaus realistisch. Die Optionen werden aber nur dann genutzt werden, wenn eine erhöhte Bereitschaft zum politischen Handeln gegeben ist und Umweltschutz wieder vermehrt Eingang in die gesellschaftliche Diskussion findet. Eine global klimaverträgliche Energieversorgung ist entgegen vielfältiger Befürchtungen auch finanzierbar. Dies gilt gerade dann, wenn die Erhöhung der Energieeffizienz einen wesentlichen Beitrag leistet. Viele Einsparmaßnahmen haben Perspektiven auf hohe Renditen.

Die Anforderungen – Klimaschutz, Risikominimierung und Angleichung der globalen Lebensbedingungen – dulden keinen Aufschub. Sie erfordern, dass bereits heute die wesentlichen Richtungsentscheidungen getroffen werden und zwar international. Diejenigen, die wie die USA den Prozess bremsen wollen, werden spätestens dann auf den beschriebenen Pfad einschwenken, wenn ihnen andere Länder vormachen, wie hiermit neue zukunftsfähige Märkte erschlossen werden können, die Wohlstand und Beschäftigung sichern helfen. Die in Deutschland in den letzten zehn Jahren im Bereich der erneuerbaren Energien rund 30000 geschaffenen Arbeitsplätze sind ein solches Zeichen. Im Jahr 2010 werden es deutlich mehr sein (Süddeutsche Zeitung, 25.06.2001, SZ-Klimaserie 3).

### ***The Next Big Thing: Sources of Clean Energy - From Windmills to Fuel Cells, Eco-Tech Stocks Are Poised to Take Their Place in the Sun***

Ökologische Technologien – Können sie nach der New Economy das nächste „große Ding“ werden? Für alle, denen die New Economy nicht den letzten Penny aus der Tasche gezogen hat, könnte Eco-Tech neue Anlagechancen erschließen (Conrad de Aenlle, International Herald Tribune, 11.08.2001). Mehr dazu in englisch):

If the new economy, the last Big Thing, failed to separate you from your last penny, then Mark Howdle, a European equity strategist at Schroder Salomon Smith Barney Inc., would like to propose for consideration the Next Big Thing: Eco-tech. "The concept is quite simple," Mr. Howdle wrote in a report on the subject. "It encompasses the production of energy from clean or renewable sources; or a cleaner or more efficient use of energy, however created." Solar and wind power are examples of the first; fuel cells are an example of the second.

His enthusiasm for eco-tech - short for ecological technology - stems from his belief that concern over environmental matters will generate a long-term trend among corporations, governments and other interested parties to throw money into technology that could alleviate such problems as air pollution and energy waste, allowing companies to turn a profit from the exercise. "We believe this to be a genuine, long-term growth area of economic activity, because of the finite supply of carbon fuels and environmental concerns prompting the development of alternatives," Mr. Howdle said. "The costs of renewable energy production are falling, and European governments are using the price mechanism to stimulate a targeted fourfold growth in renewable energy production by 2010."

What makes this especially appealing to him as an investment is the notion that a critical mass will be reached that allows eco-tech to blossom from an assortment of small businesses making windmills and the like into a stand-alone sector with diverse types of companies united under a new conceptual umbrella. "Today only a few listed companies would fall within the eco-tech category, and they account for less than 0.1 percent of European market capitalization," he noted, "but we believe this emerging sector has the potential to grow to as much as 3 percent to 5 percent of the market over the next few years."

Margaret Lindsay, a manager of funds specializing in small-capitalization companies at Fiduciary Trust Co. International, similarly views eco-tech as "a new investment theme that is likely to gain in popularity over the next two to three years, much in the same way as the Internet and personal computers have in the past." She stressed, though, that many aspects of eco-tech - the technology, the companies, certainly the problems being addressed - have been around for a while and have attracted scrutiny from investors; it is just the concept that is new. "We initiated a position in Vestas in July 1998, shortly after the company's listing in April of that year," she said. "Gamesa was added to the portfolio in the fall of last year after its initial public offer-

ring." Vestas A/S is a Danish manufacturer of wind turbines; its stock was Ms. Lindsay's pick for 2001 in the Money Report forecasting issue last December. Gamesa SA, a Spanish company, is in the same business.

Evidence that eco-tech is coming to be regarded as a new investment category comes from a report issued by Merrill Lynch Co. on European wind-power companies. It is not what it says that matters so much as the fact that Merrill would view the sector, which not long ago would have been deemed an obscure sliver of the investment pie, as something worthy of such attention. The author, Raymond Greaves, expects nearly 4 percent of global electricity to come from wind power by 2020. That would mean growth in capacity from 16.5 billion watts to 128 billion. "Almost everything we have discovered points to extremely strong growth well into the future," Mr. Greaves said. Helping to drive that growth, he said, is the embrace of wind power in the United States, historically a land where big men and big companies burned foul substances and lots of them, leaving the use of alternative fuels to European sissies. He noted that Texas, of all places, recently mandated greater use of wind power in coming years. Most of the companies engaged in producing wind power remain European, however. One company Mr. Greaves singled out for investment is NEG Micon A/S, which like Vestas is Danish. He has a buy rating on the stock.

Ms. Lindsay pointed out that while the alternative-energy companies tend to be European, those in the other main segment of eco-tech, fuel cells, are often American and have alliances with carmakers and other large industrial concerns. Detroit is trying to develop cars that run on electricity or hybrid fuels.

Those connections appeal to Simon Baker, a director of Jupiter Asset Management Ltd., a large investor in environmentally friendly companies, including several fuel-cell developers. Two in Jupiter's portfolios are Ballard Power Systems Inc. and Fuel Cell Energy Inc., which have hooked up with Daimler Chrysler AG and Enron Corp., respectively. Jupiter also holds two American solar-power producers, Astro Power Inc. and Evergreen Inc., and several big European wind companies: Vestas, NEG, Gamesa and Nordex AG in Germany. Wind power "is economically viable now in the right climatic conditions," Mr. Baker said. Producers "continue to drop the price per kilowatt-hour, and they have long order backlogs, providing earnings visibility for two to three years."

Richard Budgett, an analyst at Dresdner RCM Global Investors (U.K.) Ltd., likes one well-connected British company, Turbo Genset PLC, which makes devices that convert gas power into electricity. As for eco-tech generally, Mr. Budgett appeared skeptical. "Most governments are keen on renewable energy and they all have plans," he noted. "Only the problem is that at the moment the technology is not very profitable, so governments are having to subsidize it to make it profitable for those that are building capacity." Mr. Baker, at Jupiter (whose card describes him as "head of Green Department"), is more hopeful. "Once products are out there, people will understand the potential of what they can deliver," he said. "In wind power there has been a re-rating of those companies; the same will be true of solar and fuel cells down the line as people see that they work and fulfill the function they were designed for." He then conceded that "there have been a lot of false dawns" and that "people are attracted by new technologies, but it doesn't mean they're the best thing from an investment case."

If eco-tech does turn out to be the Next Big Thing, investors will have to get in early. Indeed Mr. Howdle suggested doing just that and getting out when the boom reaches its zenith. As with all big investment things, a warning signal would come when hype and rationalization raced ahead of earnings. No one generates wind like Wall Street.

## 6. BEITRÄGE UND REAKTIONEN UNSERER LESER

Wir freuen uns über Ihre Beiträge und bitten Sie, anzugeben, ob Sie mit der Nennung Ihres vollen Namens einverstanden sind oder ob wir nur die Initialen verwenden dürfen.

Vorerst haben wir nur die Initialen angegeben, um die Anonymität zu wahren.

***Wir danken für die positive Resonanz auf den ersten Newsletter!***

Über eine Kollegin habe ich Ihren Newsletter erhalten. Da ich ihn sehr interessant und gut aufbereitet fand, möchte ich Sie bitten, mich in den Verteiler mit aufzunehmen. (A.L. aus Frankfurt)

Liebes FÖS-Team, herzlichen Dank für die News, sie haben mir gut gefallen. (H.R. aus Berlin)

Danke!!! - Für mich ist das Format so ganz genau r i c h t i g ! (H.H. aus Regensburg)

Kompliment an Wolfgang Wiegard für den "Wegelagerer"-Artikel – die richtige Sprache für die 99% der Bevölkerung, die deswegen immer noch nicht die Grundregeln verstanden haben, weil Akademiker sich zu fein sind, um in der Bildzeitung zu schreiben. (J.J. aus Ispra/Italien)

Ich finde Ihren Newsletter auf jeden Fall interessant und würde mich freuen, wenn wir diesen auch weiterhin bekommen. Er ist die einzige Möglichkeit, bei der Diskussion um die Ökosteuer auf dem laufenden zu bleiben, da in den sonstigen Medien kaum noch Hintergrundinformationen dazu zu finden sind. (H.W. aus Mainz)

Sowohl diese Darstellungen als auch der Newsletter stellen eine neue Kategorie sachlicher Informationen dar. Ganz prima! (D.P. aus Darmstadt)

Mit großem Interesse habe ich die abwechslungsreichen Beiträge gelesen. Das Konzept des Newsletters hat mir sowohl vom Aufbau als auch vom Inhalt sehr gefallen. Es ist Ihnen gelungen, in übersichtlicher Weise umfassend und aktuell über das Thema Ökologische Steuerreform zu informieren. Der Newsletter leistet damit einen wichtigen Beitrag innerhalb der aktuellen, nicht immer ganz einfachen Diskussion um die Ökologischen Steuerreform. (F.S. aus Berlin)

### ***Gute Gründe für die Ökosteuer – aber vielleicht eine andere Verwendung? (Günter Böhm, Winterbach)***

1. Ich war enttäuscht über den Namen Ihrer Info Briefe "News-Letter", einen fantasieloseren und nichtssa-genderen Namen konnte ich mir nicht vorstellen. Es muß doch möglich sein, ein deutsches Wort, das origi-nell und aussagekräftig ist, zu finden. Dann schon lieber Info-Brief.

2. Ich diskutiere viel über die Ökosteuer. Man bemängelt viel die undurchsichtige Verwendung der Steuer. Mir selber kommt es hauptsächlich darauf an, dass die Energie verteuert wird. Die Bevölkerung würde es si-cher mehr akzeptieren, wenn die Steuer oder ein gewisser bestimmter Prozentsatz für die Forschung und Förderung von erneuerbaren Energien kontrolliert und nachweislich verwendet werden würde. Dabei könnte man argumentieren mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, Energiesicherheit, Verbesserung des Standortes Deutschland usw.

3. Mir fallen immer mehr Gründe für eine Ökosteuer ein. Zur Zeit werden bei uns verstärkt Fahndungen nach Schwarzarbeitern gemacht. Mit der Ökosteuer müssen die Schwarzarbeiter für das Material mehr zahlen, der Lohnpreisunterschied zur regulären Arbeit wird aber geringer. In Grenzfällen wird es nicht mehr so lohnend sein, Arbeiten schwarz erledigen zu lassen. Die Lkw-Maut ist ja eigentlich ebenfalls eine Ökosteuer. Die Ar-gumente dafür sind ähnlich.

### ***Zum Konzept der Ökologischen Steuerreform (Winfried Egger, Mittelneufnach)***

Hier nun der gesamte Leserbrief von Herrn Egger, aus dem wir einen kleinen Auszug in den FÖS-Mitteilungen abgedruckt hatten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Wirksamwerden der dritten Stufe der „Ökologischen Steuerreform“ zum 01.01.2001 hier einige Bemerkungen:

In fast sämtlichen von mir gelesenen, gehörten und gesehenen Meldungen der Medien ist nirgends etwas von der Aufkommensneutralität der ÖS als Gesamtkonzept berichtet worden. Statt dessen wurden das zum 01.01.01 in Kraft tretende allgemeine Steuerentlastungsgesetz und die Erhöhung der Entfernungspauschale als Entlastung für den Bürger angeführt, die ja als zusätzliche Entlastung über die Aufkommensneutralität der ÖS hinaus gewährt wurden.

Da die ÖS nicht nur Energie verteuern, sondern auch Arbeit billiger machen soll, war für mich - wie für die meisten, die sich längere Zeit intensiv mit diesem Thema beschäftigen - eine 100%ige Gegenfinanzierung zur Senkung der Lohnnebenkosten durch Zuschüsse zur Rentenversicherung der einzig richtige Weg zu einer ÖS für Arbeit und Umwelt. Jedem ökologisch und wirtschaftlich denkenden Menschen muss es auch wichtig sein, dass Arbeit - auch und insbesondere die von Handwerkern und anderen Berufszweigen mit geringerer Produktivität - wieder bezahlbar wird. Nur so ist Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Wie die letzten Jahrzehnte gezeigt haben, führt Wirtschaftswachstum insbesondere zur Steigerung des Wohlstandes der Arbeitnehmer und Unternehmer, eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist hierdurch nur sehr bedingt möglich. Das grösste Problem der ÖS ist die politische Durchführbarkeit, wie die Kampagnen zu den gestiegenen Öl-

---

preisen von BILD, ADAC und insbesondere von CDU, CSU und F.D.P. gezeigt haben. Eine Regierung kann alle Steuern erhöhen, nur nicht die Mineralölsteuern. Selbst bei dem Teil der Bevölkerung, der als einziger von der Reform profitiert - gesetzlich versicherte Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber -, ist die ÖS nicht beliebt. Jede Partei - egal wie sehr sie hinter dem System der ÖS steht - muss sich fragen, ob sie durch die ÖS ihre Chancen bei den Wahlen deswegen so negativ beeinträchtigen lassen mag. Die Grünen können sich durch die Forderung nach einer Fortsetzung der ÖS nach der nächsten Bundestagswahl bei ihrem Klientel womöglich beliebt machen, aber für die SPD ist bei einem Bekenntnis zur Fortsetzung der ÖS auf jeden Fall mit weniger Wählerzustimmung zu rechnen.

Wenn die volle Gegenfinanzierung zur Senkung des Rentenversicherungsbeitrages auch am sinnvollsten ist oder scheint, muss man sich doch bezüglich der politischen Machbarkeit insoweit Gedanken machen. Die Entlastung bei der Rentenversicherung trifft erstens nicht alle und zweitens wird sie selbst von den Betroffenen nicht wahrgenommen.

Das gesetzliche Versicherungssystem ist ein derart marodes System, das von der Wurzel her reformiert werden muss. Meiner Meinung nach gehört es ganz abgeschafft: Jeder Bürger soll per Gesetz verpflichtet sein, eine private Renten- und Krankenversicherung abzuschließen - ohne Beteiligung von Staat und Arbeitgeber, alles andere (spezielle Ausbildungs- bzw. Geringverdienertarife bzw. wesentlich höhere Nettolöhne) regelt die Marktwirtschaft; spezielle Härtefälle werden vom Gesamtsteueraufkommen bestritten. Nur so ist eine messbare Entlastung des Faktors Arbeit möglich.

Das gesetzliche Versicherungssystem ist ein Fass ohne Boden. Dieses System muss, wenn man es unbedingt beibehalten will, in sich so gravierend reformiert werden, dass es ohne staatliche Zuschüsse auskommt. Durch die Finanzierung dieses Systems durch die Einnahmen aus der ÖS schiebt man nur dessen unvermeidbaren Kollaps hinaus und macht diesen somit in der Zukunft noch schlimmer, als er jetzt schon wäre. Man kann eine so heikle Steuererhöhung wie die der Energiesteuern nicht durch eine geringe Senkung bzw. durch Aussetzung der ansonsten anstehenden Erhöhung der Beitragssätze gegenfinanzieren. Das wird vom Wähler nicht gewürdigt. Wenn es schon die gesetzlich Versicherten scheinbar nicht einsehen, wie groß ist erst - zu Recht - der Unmut der Nichtentlasteten (Beamte, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Selbständige). Die ÖS ist zum politischen Scheitern verurteilt, wenn man die Frage der Gegenentlastung nicht anders löst.

Falsch wäre es meiner Ansicht jedoch auch - wie von manchen gefordert - das Geld ausschließlich zur Subventionierung von Umweltschutzprojekten herzunehmen. Wie jede Subvention ist auch eine übertriebene ökologische nicht besonders sinnvoll. Gerade das soll ja die ÖS bezwecken: Ökologisch wirtschaften muss sich rentieren - auch ohne Subventionen. Für eine weitere Sanierung des Staatshaushaltes - das notwendigste politische Projekt überhaupt - sind weitere Ausgaben nicht sinnvoll. Jedoch lassen sich manche zusätzlichen Ausgaben womöglich nicht vermeiden, weil sie von sämtlichen politischen Gruppierungen für nötig empfunden werden, z. B. eine weitere Erhöhung des Kindergeldes, eine weiterreichende Unterstützung des öffentlichen Nahverkehrs und der Bahn, o. ä..

Nur durch solche Gegenfinanzierungen, womöglich auch von Stufe zu Stufe variierend (z. B. Ausgaben in Zusammenhang mit BSE - Verbraucherschutz), kann eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für das wichtige Konzept der ÖS gefunden werden. Wenn auch die Koppelung der Produktionsfaktoren Energie und Arbeit volks- und betriebswirtschaftlich vordergründig sinnvoll erscheint, ist die tatsächliche Ausgestaltung und die politische Durchführbarkeit sehr problembehaftet.

Wenn das überaus wichtige Konzept einer langfristig angelegten ÖS jetzt politisch scheitert, ist es wohl für lange Zeit nicht mehr durchführbar, da durch die o. g. Kampagnen eine andere Regierung als die jetzige sich auf keinen Fall eine ÖS leisten kann. Deshalb bitte ich Sie, die Gegenentlastung der ÖS zu überdenken, um somit das Konzept ÖS dem Wähler besser verkaufen zu können. Meiner Meinung nach hat unser Verein auch die Pflicht über die politische Durchführbarkeit von Konzepten im Rahmen der momentanen Machtverhältnisse nachzudenken.

Mit freundlichen Grüßen

Egger Winfried

***Ideen sind gefordert (N.F. aus Kronberg)***

Unabhängig von Newsletter, Umfrage etc. möchte ich Ihnen zum Einen danken, dass es den FÖS, dass es das Team, dass es Sie gibt und das Sie diesen Job machen. Zum Anderen treibt mich natürlich um - Aussetzung der Erhöhung nach 2003, "Entwicklung" der ÖS (Kuhn) und Einsatzmöglichkeit der Steuereinnahmen

(Lohnsteuer statt Rentenbeitrag) etc.

Nicht zu fassen finde ich allerdings, dass trotz nachweisbarem Erfolg die ÖKO-Steuer so schlecht in der öffentlichen Beurteilung abschneidet. Klar, vielleicht Informationsmangel, vielleicht Kommunikationsdefizite, vielleicht falscher Name - dieses schlechte Abschneiden hat sie nicht verdient.

Also, der Sinn der Öko-Steuer muss der Bevölkerung nochmal richtig "eingebimst" werden, aber wie? Haben Sie eine Idee?

## 7. KURZMELDUNGEN

### ***KWK-Förderung wichtiges Signal für Klimaschutz***

Zum Beschluss des Bundeskabinetts vom 4.7. über die Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) erklärt Bundesumweltminister Jürgen Trittin:

Die Kabinettsentscheidung ist das richtige Signal vor den Klimaverhandlungen in Bonn: Die Bundesregierung macht ernst mit dem Klimaschutz und steht zu ihren internationalen Zusagen. Wir wollen die Menge der von uns emittierten klimaschädlichen Gase tatsächlich reduzieren und nicht nur wegverhandeln.

Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung trägt wesentlich dazu bei, dass Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen kann. Die deutsche Wirtschaft hat sich zu dem Ziel bekannt, durch Anlagen zur gleichzeitigen Erzeugung von Strom und Heizwärme bis zum Jahr 2010 den jährlichen Ausstoß von Kohlendioxid um 23 Millionen Tonnen zu verringern. Flankiert wird dies durch eine Förderung des Stroms aus Kraft-Wärme-Kopplung mit einem Bonus. Für den Fall, dass die Industrie die zugesagten CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nicht erreicht, hält sich die Bundesregierung aus heutiger Sicht die Einführung einer Quotenregelung offen.

Eine besondere Investition in die Zukunft sind die zusätzlichen Anreize für den Zubau von kleinen Blockheizkraftwerken und zur Markteinführung der Brennstoffzelle. Hierfür sind bis zum Jahr 2010 zusätzliche 700 Millionen Mark vorgesehen. Dieses Programm unterstreicht einmal mehr, dass die Politik der Energiewende der Bundesregierung, hin zu rationellerem Energieeinsatz und zu erneuerbaren Energien, gleichzeitig eine Politik der Innovation, der Investitionsförderung und der Beschäftigungssicherung ist.

Am 15.08.2001 wurde übrigens der Gesetzesentwurf verabschiedet (A.d.R.).

### ***Wo das Rohöl für Deutschland herkommt***

Werden die Mineralölgesellschaften die Hauptreisezeit nutzen, um die Spritpreise zu erhöhen? Auf die Scheichs allein könnten sie sich nicht berufen, selbst wenn die ihr Öl wieder verteuern würden, wie der ADAC vorrechnet: von der Gesamtrohölimport im Jahr 2000 von 103.555 Tonnen kommen nur 27,6% der aus den OPEC-Ländern. Den größten Rohöllieferant für Deutschland stellen die GUS-Staaten mit 34.201 Tonnen im Jahr 2000 dar, von denen allein Russland fast 30.000 t lieferte. Es folgt Europa mit 32.643 Tonnen, dabei sind Norwegen (18.579 t) und Großbritannien (13.579 t) die Hauptlieferanten.

### ***Broschüre vom Bundesumweltministerium zur Ökologischen Steuerreform erschienen***

Die Broschüre faßt in aller Kürze die wichtigsten Informationen zur Ökologischen Steuerreform zusammen und informiert über die Ziele, Stufen, Anreizwirkung, Verwendung der Einnahmen und Verlässlichkeit für Bürger und Wirtschaft. Außerdem geht sie darauf ein, was Kraftstoffe heute wirklich kosten, vergleicht die deutschen Kraftstoffpreise mit denen im europäischen Ausland und rechnet vor, was unterm Strich im Portmonnaie bleibt. Die Broschüre kann auf der Homepage <http://www.bmu.de> unter „Infomaterial“ angefordert werden.

### ***Dosenpfand gescheitert***

Die Novelle der Verpackungsverordnung ist am 13.7. im Bundestag gescheitert, weil der Antrag der Länder Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz, statt eines Dosenpfandes eine Selbstverpflichtung der Getränkeindustrie einzuführen, überraschend eine Mehrheit gefunden hat. Der Vorschlag des Bundesrates sieht vor, dass die Getränkeindustrie 21,5 Milliarden Liter in Mehrwegverpackungen abfüllt (Mehrwegquote von 66%). Dennoch wird es voraussichtlich ab 2002 ein Dosenpfand geben, da das geltende Recht ein Pfand von 50 Pfennig auf Mineralwasser- und Bierdosen vorsieht, sobald der Anteil der Mehrwegverpackungen unter 72% fällt, was seit Jahren der Fall ist.

***Bevölkerung hält Engagement der Unternehmen für den Erhalt der Umwelt für unzureichend***

Die deutschen Unternehmen tun nicht genug für den Erhalt der Umwelt, meint ein Großteil der deutschen Bevölkerung: 82 Prozent sind der Ansicht, dass sich die deutschen Unternehmen noch mehr für den Umweltschutz engagieren sollten. Dies ist eines der Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach bei 2.150 Bundesbürgern über 16 Jahre im Auftrag der Duales System Deutschland AG (DSD), die das Wirtschaftsmagazin 'impulse' (Ausgabe 7/2001, EVT 21. Juni) exklusiv veröffentlicht. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat müsse mehr für den Umweltschutz tun, sagen immerhin fast zwei Drittel der Befragten (65 Prozent).

Weitere Ergebnisse der Befragung finden Sie hier <http://www.baumev.de/Aktuell/dsd.htm>

***Energieeffizienz steigern***

Eine Bewertung der Atomenergie im Hinblick auf das Kyoto-Protokoll des österreichischen Umweltministeriums hat ergeben, dass die Nutzung von Atomenergie keine geeignete Option für die Reduktion von CO<sub>2</sub> ist, da sie für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik kontraproduktiv ist. Ihre Entwicklung steht mit dem sozio-ökonomischen Umfeld, das eine erfolgreiche Effizienzpolitik benötigt, im Konflikt. Eine Reduktion der Energieintensität hat das größte Potenzial, eine effiziente Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern zu erreichen.

Konsequenterweise wurde daher der Bau von Atomkraftwerken auch als Option im Rahmen der flexiblen Instrumente im Kyoto-Protokoll auf der Bonner Klimakonferenz ausgeschlossen.

***In ganz Deutschland die Sonne nutzen***

Sonnenenergie wird in Deutschland immer beliebter, was sich in einer Steigerung der Installationen von Solaranlagen um 40% von 1999 auf das Jahr 2000 bemerkbar macht. Die Installation der Anlagen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was auch am Förderprogramm der Bundesregierung liegt, für das 2000 mehr als 100.000 Anträge verzeichnet wurden. Die ausgereifte Technik der Solaranlagen macht es mittlerweile in ganz Deutschland möglich, sie rentabel zu betreiben. Mehr und mehr wird auf die Ästhetik geachtet, so kann man mittlerweile Kollektoren (zur Warmwasserbereitung) wählen, die sich von den Dachfenstern nicht unterscheiden lassen.

**8. SERVICE: JOBS**

Leider keine Meldungen.

**9. SERVICE: LINKS*****Bericht über die zweite Phase des Klimaschutz-Dialogs erschienen***

Das Wuppertal Institut hat in Kooperation mit dem Institute for Global Environmental Strategies (IGES, Japan) im Jahr 2000 den "Policy Dialogue between Japan and Germany for Facilitating Co-ordinated Measures to Address Global Warming" initiiert. Dieser zielt darauf, die Koordinierung heimischer Klimaschutzmaßnahmen auf Unternehmens- und nationaler Ebene zu ermöglichen, die besten Praxisbeispiele herauszustellen und einen Marktplatz für den Wettbewerb zwischen progressiven Unternehmen zu schaffen. Die zweite Phase des Klimaschutz-Dialogs behandelte Politiken und Maßnahmen im IT-Sektor, die bestmöglichen Klimaschutz gewährleisten. Der jetzt veröffentlichte Bericht "Japan & Germany: International Climate Policy & the IT-Sector" dokumentiert die Ergebnisse und zentralen Erkenntnisse eines Workshops, der kurz vor dem Klimagipfel in Den Haag (COP 6) im November 2000 stattfand.

Nähere Informationen und Downloads (in englischer Sprache) unter:

<http://www.wupperinst.org/Projekte/Klima/policy-dialogue/index.html>

***Dokumentation des Workshops „Emissionshandel und Joint Implementation als Chance für den mittel- und osteuropäischen Raum“ erschienen***

Das Bundesumweltministerium veranstaltete im März dieses Jahres einen Workshop im Rahmen der TerraTec in Leipzig, auf dem aktuelle Entwicklungen in west- und osteuropäischen Staaten hinsichtlich der Umsetzung der klimapolitischen Instrumentarien 'Emissionshandel' und 'Joint Implementation' aufgezeigt wurden. Zahlreiche Vertreter von Regierungen und Unternehmen berichteten dort über ihre Erfahrungen bei der Implementierung dieser Instrumente. Die vom Wuppertal Institut erstellte Dokumentation dieser Veranstaltung ist ab sofort verfügbar.

<http://www.wupperinst.org/Publikationen/TerraTec2001-Dokumentation>

***Kinospot zur Klimaproblematik vom BMU***

Das BMU hat auf seiner Homepage einen Kinospot veröffentlicht, gleich rechts oben zum Anklicken und Bewundern. Wer Lautsprecher hat, kann sich noch mehr über diese erfolgreiche und witzige Inszenierung amüsieren. Ansonsten läuft der Spot jetzt in zahlreichen kommunalen Kinos an (ca. 70 Sekunden).

<http://www.bmu.de>

***Bericht der United Nations***

Die UN hat einen Bericht herausgegeben, in dem Strategien vorgestellt werden für die Mobilisierung von Ressourcen für die Beschleunigung eines gerechten und nachhaltigen Wachstums in entwicklungs- und Schwellenländern, um die Armut- und Entwicklungsverpflichtungen aus der UN Millenniums-Erklärung zu erfüllen.

<http://www.un.org/esa/ffd/a55-1000.pdf>

***Neue Ökosteuerseite des BUND***

Der BUND hat seine Ökosteuerseite neu gestaltet. Die Seite enthält sowohl die grundlegenden Informationen zur Ökosteuer als auch Informationen zu den Ökosteueraktionen des BUND.

<http://www.oeko-steuer.de>

***Email-Newsletter zu Subventionen aus Umweltsicht***

Bei Subsidy Watch handelt es sich um einen Newsletter, der Informationen zu den jüngsten Publikationen und weltweiten politischen Vorgängen über Ökosubventionen enthält (englisch). Den Newsletter können Sie kostenlos abonnieren unter

<http://iisd.ca/subsidywatch/>

***Generaldirektion Umwelt***

Hier finden Sie Studien zu Umweltsteuern und zu den verschiedensten Umweltthemen. Sie sind meist auch in voller Länge oder ausschnittsweise herunterladbar:

<http://europa.eu.int/comm/environment/pubs/studies.htm>

Pestizidbesteuerung – <http://europa.eu.int/comm/environment/enveco/studies2.htm#2>.

Ökonomische und ökologische Effekte von Umweltsteuern in Mitgliedstaaten werden in der neuesten Studie untersucht: [http://europa.eu.int/comm/environment/enveco/taxation/environmental\\_taxes.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/enveco/taxation/environmental_taxes.htm)

***Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Klimakonferenz***

Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung haben die Völkerrechtler Matthias Buck und Roda Verheyen von der Universität Hamburg eine Studie zu „International Trade Law und Climate Change – A Positive Way Forward“ erstellt. Das wichtigste Ergebnis besteht in der Erkenntnis, dass Bedenken über die Vereinbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen mit dem Weltwirtschaftsrecht die Verhandlungen um das Kyoto Protokoll nicht gefährden sollten – ganz im Gegenteil. Nationale und internationale Klimaschutzmaßnahmen sind ganz überwiegend mit bestehenden Verpflichtungen der Staaten unter den einzelnen Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar. Soweit rechtliche „Grauzonen“ bestehen, werden diese mit dem Inkrafttreten des Kyoto Protokolls zur Klimarahmenkonvention nochmals deutlich verkleinert.

Der Volltext findet sich unter <http://www.fes.de/indexaktuelles.html>, bzw.

<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/01052.pdf>

---

## 10. SERVICE: VERANSTALTUNGEN

### **04.05. – 16.09.2001, Neusiedl/See (Österreich): Natura 2001**

Die „Natura 2001“ ist keine Ausstellung im herkömmlichen Sinn, sondern will dem Besucher eine Erlebniswelt rund um die Natur und Umwelt bieten. Laufend finden Workshops, Seminare, Benefizveranstaltungen u.a. statt.

Kontakt: <http://www.natura-2001.de>

### **14.09. – 16.09.2001, Olsberg: Umwelt 2001**

Vom 14. bis 16. September ist es wieder soweit: In der Kur- und Konzerthalle und auf dem Freigelände startet die Umwelt 2001. Nach der überzeugenden Resonanz findet die Umweltfachmesse in diesem Jahr zum zweiten Mal im Sauerland statt.

Zur aktuellen Umwelt 2001 in Olsberg vom 14. bis zum 16. September werden über 150 Aussteller aus der gesamten Bundesrepublik nach Olsberg in die Kur- und Konzerthalle anreisen. Interessante Themen zu regenerativen Energien, ökologischem Bauen und Umwelttechnik, Workshops, hochkarätige Referenten lassen wiederum einen wahren Besuchersturm erwarten, zumal der Eintritt für die Besucher frei ist.

Die regionalen, dreitägigen Fachmessen zum Thema Umwelt- und Energietechnik werden in kleinen bis mittelgroßen Städten ausgerichtet.

Die nächsten Messe-Termine:

Olsberg 14. - 16. September

Ludwigshafen 12. - 14. Oktober

Duisburg 19. - 21. Oktober

Kontakt über Peter Schweinberg,

Mattfeldt & Sängler Marketing und Messe AG Kempten-München, Frühlingstraße 9, 87439 Kempten, Telefon 0831 -5406330, E-mail: [kempten@ms-marketing.de](mailto:kempten@ms-marketing.de),

Internet: <http://www.ms-marketing.de>

### **18.09. - 22.09.2001, Husum: Windtech Husum 2001**

Fachmesse für die Windkraft-Branche mit Kongress. Info: Fördergesellschaft Windenergie. Tel. 04 31 / 6 68 77 - 64,

Internet: <http://www.wind-fgw.de>

### **21.09.2001, Chancen durch die neue EG-Öko-Audit-Verordnung**

Tagung des Umweltgutachterausschusses zum Thema „EMAs: Das europäische Prädikat für betrieblichen Umweltschutz“, Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin.

Kontakt: Fon 0228/8192310, [uga.bonn@t-online.de](mailto:uga.bonn@t-online.de)

### **22.09.2001, Europaweiter Autofreier Tag**

Am 22.9.01 finden bundesweit Veranstaltungen zum autofreien Tag statt, Veranstalter ist das Klimabündnis der europäischen Städte,

Kontakt: Fon 069/70790083, eMail: [e.floesser@klimabuendnis.org](mailto:e.floesser@klimabuendnis.org)

<http://www.klimabuendnis.org/kbhome/start.htm>

### **27.09. - 28.09.2001, Oberhausen: Grüne Investitionen in die Biomasse-Vergasung**

Orientierungskongress für Investitionen in die Holzvergasung im TZU Oberhausen.

Kontakt: Saarländische Energie-Agentur GmbH, Tel.: 0681-9762174, [sacca@sea.sb.uunet.de](mailto:sacca@sea.sb.uunet.de)

### **20.10. - 24.10.2001, Berlin: The 18th International Electric Vehicle Symposium**

A challenge for a clean and silent mobility (eine Herausforderung für eine saubere und leise Mobilität)

Informationen: Tel. 0 30 / 31 42 32 00

### **22.10. – 24.10.2001, Tutzing: Nachhaltigkeit ein Gesicht geben**

Zukunftsfähige Entwicklung in den Köpfen verankern und die Herzen erreichen mit Witz und Kreativität – wie geht das? Zur Diskussion der Frage sind alle Interessierten – von lokalen Agenda-21-Prozessen bis zu Medien und Gestaltungsprofis – in die Evangelische Akademie Tutzing eingeladen.

Kontakt: Tel.: 08158-251142, [info@ev-akademie-tutzing.de](mailto:info@ev-akademie-tutzing.de), <http://www.ev-akademie-tutzing.de>

**25.10. - 26.10.2001, Augsburg: Holzenergie 2001 - Fachkongress für Holzenergie**

Erstmal wird in Augsburg von der Bundesinitiative BioEnergie BBE eine reine Holzenergiemesse in Verbindung mit einem Fachkongress durchgeführt.

Kontakt: Fon 0228/8198-140, eMail [info@bioenergie.de](mailto:info@bioenergie.de), <http://www.bioenergie.de>

**12.04. – 13.04.2001, Woodstock, Vermont (USA): Third Annual Global Conference on Environmental Taxation**

The conference will focus on two critical issues in environmental taxation -- the legal limits on the power of governments around the world to use environmental taxes, and what experience can teach us about how and when to use environmental taxes.

**The Limits on the Power of Governments to Use Environmental Taxation.** The first day of the conference will focus on legal constraints on governments' power to enact environmental taxes, such as constitutional limitations, limits inherent in international governmental alliances such as the European Union, restraints imposed by trade agreements, and the role of border adjustments for environmental taxes in complying with trade agreements. These legal limits play a fundamental role in defining the potential to the use of environmental taxation.

**What Experience Teaches about the Use of Environmental Taxation.** During the second day, participants will examine the experiences that a broad range of countries have had with environmental taxes. Panels and discussions will focus on evidence of the effectiveness of environmental taxes, analyses of when taxation is the best instrument for achieving environmental goals, issues in drafting and administration, the politics of enacting environmental taxes, and case studies of recent innovations. This information can help build a stronger foundation for the future use of environmental taxes.

**Who Should Attend**

Speakers and participants who are interested in environmental taxation will come to the conference from around the world -- Europe, North America, Asia, Australia, South America -- and from a broad range of disciplines -- governmental officials worldwide, professors of taxation, accounting, economics and environment from major universities, leading CPAs and attorneys, industry executives and leaders of non-profit organizations.

**The Conference Location**

The conference will be held at the Woodstock Inn in Woodstock, Vermont, a lovely Vermont village. For information about the Woodstock Inn and its location, visit its website at [www.woodstockinn.com](http://www.woodstockinn.com). Special conference rates for accommodations will be available for people who register early.

**Previous Conferences**

The 2002 conference is the third in a series of conferences. The first conference was held in Cleveland, Ohio, USA in April 2000, and the second in Vancouver, Canada in 2001.

**For More Information**

Please contact Prof. Janet Milne, Director of the Environmental Tax Policy Institute at Vermont Law School, Chelsea St., South Royalton, Vermont USA 05068, by telephone at (802) 763-8303 ext. 2266 or by email at [jmilne@vermontlaw.edu](mailto:jmilne@vermontlaw.edu). This webpage will be updated periodically with more information about the conference.

**Environmental Tax Policy Institute**

Vermont Law School's Environmental Tax Policy Institute analyzes the ways in which taxation can be used to address environmental problems. By serving as a resource for the public and private sectors, non-governmental organizations, the press and academia, the Institute seeks to better inform the public policy debate about the role of environmental taxes at the local, state and federal levels.

<http://www.vermontlaw.edu/elc/envirotaxconover.cfm>

---

## 11. FÖS: IN EIGENER SACHE

### *Auswertung der FÖS-Leserumfrage*

Im letzten Newsletter hatten wir Sie aufgefordert, sich an einer von uns erstellten Umfrage zu beteiligen, in der es um die Zukunft der Ökologischen Steuerreform geht. Eigentlich wollten wir in dieser Ausgabe bereits das Ergebnis abdrucken, aber die Beteiligung ist im Moment noch so groß, dass wir es zu schade fänden, die Umfrage jetzt abzubrechen. Daher vertrösten wir Sie auf die nächste Ausgabe und geben noch all denen, die noch nicht abgestimmt haben oder erst jetzt aus dem Urlaub kommen, die Chance, mit abzustimmen

<http://www.foes-ev.de/umfrage/umfrage.htm>

### *SZ-Links im ersten Newsletter inaktiv*

Die Links zu Artikeln aus der Süddeutschen Zeitung in den Ökosteuer-News 1 sind leider seit dem 01.09.2001 inaktiv, bzw. kostenpflichtig. Die SZ hat ihr Archiv von einem Jahresarchiv auf ein 30 Tage-Archiv umgestellt, alle älteren Artikel sind jetzt kostenpflichtig. Leider war uns das bei der letzten Ausgabe noch nicht bekannt. Aus diesem Grund haben wir ab der jetztigen Ausgabe eine neue Vereinbarung mit der SZ getroffen, nach der wir die vollständigen Artikel abdrucken dürfen und nicht mehr auf ihr Archiv angewiesen sind.

### *Termine, Vorträge, Veranstaltungen*

In der Rubrik „Service Veranstaltungen“ weisen wir Sie auf aktuelle Termine im Bereich Ökosteuer oder Umwelt allgemein hin. Besonders interessant sind für uns natürlich Termine, bei denen Mitglieder oder Interessenten des FÖS in irgendeiner Form beteiligt sind, z.B. einen Vortrag halten. Deshalb möchten wir Sie bitten, und solche Termine mitzuteilen, damit wir sie im Newsletter veröffentlichen können.

### *Ökosteuermaterialien im FÖS-Büro*

Wir möchten sie gerne an unser deutsches und englisches Memorandum „Innovationen anstoßen, Wettbewerbsfähigkeit fördern, Arbeitsplätze schaffen“ und das Buch unseres Vorsitzenden Dr. Görres „Der Weg zur ökologischen Steuerreform – Weniger Umweltbelastung - mehr Beschäftigung“ erinnern. Da sie für die Schränke ganz sicher zu schade sind, unser Appell: haben Sie nicht Interesse an den Schriften? Wissen Sie von Veranstaltungen, bei denen sie eine bereichernde Auslage wären? Eine kurze email genügt!

### *Neue Adressen*

Bitte denken Sie daran, uns neue Post- oder Emailadressen gleich mitzuteilen. Das Nachforschen, wenn Post oder Emails zurückkommen, kostet uns viel Zeit. Außerdem können Sie so sicher sein, keine Ausgabe unseres Newsletters oder anderen wichtigen aktuellen Mitteilungen zu verpassen!

### *Wie kann der Newsletter noch besser werden?*

Bitte schicken Sie uns Ihre Anregungen, Kritik, Wünsche und auch gerne Literatur-/Link-Hinweise, damit wir den Newsletter weiter verbessern können. Wenn Sie selbst einen Beitrag schreiben möchten, freuen wir uns sehr, bitten aber, diesen vorher mit uns abzustimmen ([foes@foes-ev.de](mailto:foes@foes-ev.de)).

### *Hat Ihnen dieser Newsletter gefallen?*

Das freut uns! Dann haben wir eine Bitte an Sie: Spenden Sie! Denn wie Sie wissen, ist der FÖS auf Spenden angewiesen. Insbesondere diejenigen unter Ihnen, die keine Mitglieder bei uns, aber mit unserer Arbeit, bzw. den Newslettern zufrieden sind, sollten sich überlegen, ob sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen wollen. Wir wären Ihnen sehr dankbar! Die Bankverbindung: Ökobank e.G., BLZ 500 901 00, Konto 860 3740

Noch mehr würden wir uns freuen, wenn Sie uns als Mitglieder unterstützten. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 100 DM (ab 01.01.2002: 60 €) für Förder- und 360 DM (ab 01.01.2002: 200 €) für Aktivmitglieder. Unter <http://www.foes-ev.de/kontakt.html> finden Sie ein Beitrittsformular.

## 12. BUND: NACHRICHTEN UND KOMMENTARE

### *Ökosteuerspritspar-Tour des BUND in 18 Städten gestartet*

Wie in der letzten Ökosteuers-News-Ausgabe berichtet, hat der BUND eine bundesweite Aktionstour pro Ökosteuers und benzinfahrendes Fahren gestartet. Die Bevölkerung ist eingeladen, die benzinsparende Fahrweise unter Anleitung eines geschulten Fahrlehrers bei einer kurzen Testfahrt auszuprobieren und kann das Ergebnis direkt an der genauen Verbrauchsanzeige ablesen.

Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Gila Altmann verbrauchte beim Aktionsauftakt am 29. Juni in Berlin statt 10,7 Liter pro 100 km im Stadtverkehr (Betriebshandbuch) lediglich 8,2 Liter. Den Tagesrekord schaffte BUND-Bundesgeschäftsführer Dr. Gerhard Timm mit 6,2 Liter (38 Prozent Einsparung).

Das Kampagnenfahrzeug hat bisher in 18 Städten von Cuxhaven bis Bayreuth und Tübingen bis Jena Station gemacht und wird noch bis Ende Oktober unterwegs sein.

Projektleiter Matthias Seiche erläutert den Sinn der Aktion: "Die Spritspar-Tour ist ein Friedensangebot. Natürlich ist es uns am liebsten, wenn die Menschen auf Fahrrad, Bus und Bahn umsteigen. Die Autofahrer sind von der Bild-Zeitung und der CDU/CSU am heftigsten gegen die Ökosteuers aufgewiegelt worden. Mit konkreten, sofort nachvollziehbaren Tipps wollen wir sie davon überzeugen, dass die ökologische Steuerreform keine Abzockerei ist, sondern wirksame Anreize zum Energiesparen gibt."

Ergänzend zu der Aktionstour hat der BUND die 36seitige Broschüre "Die ökologische Steuerreform" herausgegeben. Sie ist gegen Einsendung eines adressierten und mit 3 DM frankierten C-5-Rückumschlages erhältlich beim BUNDversand, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin.

Die Benzinspartipps und der aktuelle Planungsstand der Aktionstour sind im Internet abrufbar unter <http://www.oeko-steuer.de>

Weitere Informationen: BUND-Ökosteuers-Kampagnenteam: Lars Bütke, Matthias Seiche, Tel. 030 / 275 86 - 462

### *Eckpunkte zur Fortführung der ökologischen Steuerreform nach 2003*

Der BUND stellte am 29. Juni seine Eckpunkte zur Fortführung der ökologischen Steuerreform nach 2003 der Öffentlichkeit vor. Hier heißt es: „Das Grundkonzept des rot-grünen Einstiegs in die ökologische Steuerreform ist richtig. Die Fülle der Ausnahmetatbestände und das insgesamt zu zaghafte Niveau der Steuersätze führen aber dazu, dass die ökologische Lenkungswirkung bisher zu gering ist. Der BUND fordert deshalb von der Bundesregierung ein konsequenteres Konzept zur Fortführung der Reform über 2003 hinaus.“

Wir veröffentlichen hier Auszüge. Das vollständige Papier ist zum Download erhältlich unter: <http://www.oeko-steuer.de/downloads/eckpunktepapier.pdf>

Die zentralen Forderungen des BUND:

- Weitere Erhöhung des Benzinpreises jährlich um mindestens 10 Pfennige pro Liter. Zusätzliche Erhöhungen sollen von der Entwicklung des Rohölpreises und der Benzinpreise in den Nachbarländern abhängig gemacht werden. Die Benzinpreis-Erhöhungen sollen mindestens für die Zeit bis 2008 vorab gesetzlich festgelegt werden, damit sich die Autokäufer und die Automobilindustrie darauf einstellen können.
- Die Stromsteuer soll mindestens mit den bisherigen Schritten in Höhe von 0,5 Pfennige pro Kilowattstunde jährlich weiter erhöht werden. Parallel dazu soll es eine Informationskampagne für sparsameren Stromverbrauch geben und die Elektrogeräte-Hersteller sollen zur Verringerung des Stand-by Verbrauchs der Geräte verpflichtet werden.
- Die Stromsteuer soll ökologischer ausgestaltet werden: Befreiung der erneuerbaren Energien von der Stromsteuer. Dafür zusätzlich direkte Besteuerung von Kernbrennstäben und Kohle.
- Die Heizölsteuer soll langfristig jährlich um mindestens 4 Pfennige pro Liter angehoben werden (Erdgas äquivalent). Gleichzeitig sollen die Förderprogramme für Wärmedämmung im Gebäudebereich deutlich ausgebaut werden.

- Die Ermäßigungen für die Industrie sollen abgebaut werden, damit die Reform sozial ausgewogener wird. Hierfür legt der BUND einen eigenen differenzierten Vorschlag vor.
- Das Prinzip der Aufkommensneutralität muss unbedingt beibehalten werden

Von der Bundesregierung erwartet der BUND noch vor den Bundestagswahlen ein klares Konzept für die Fortsetzung der ökologischen Steuerreform. CDU/CSU und FDP müssen endlich ihre Blockadehaltung und die Anti-Ökosteuer-Kampagne auf Kosten der Umwelt aufgeben. Es ist an der Zeit, dass die gesellschaftliche Debatte über die Ökosteuer wieder sachlich und nicht auf dem Niveau der "Benzinwut"-Kampagnen von Teilen der Boulevardpresse geführt wird. Dafür sollen die Eckpunkte des BUND einen Beitrag leisten.

Ökosteuern sind keine "Strafsteuern", sondern dienen dem Schutz der Umwelt. Vorsorge gegen die drohende Klimakatastrophe, Verminderung von Verkehrslärm, sparsamer Umgang mit endlichen Ressourcen sind die zentralen Ziele.

Das Grundkonzept des rot-grünen Einstiegs in die ökologische Steuerreform ist richtig. Die Fülle der Ausnahmetatbestände und das insgesamt zu zaghafte Niveau der Steuersätze führen aber dazu, dass die ökologische Lenkungswirkung bisher zu gering ist. Der BUND fordert deshalb von der Bundesregierung ein konsequenteres Konzept zur Fortführung der Reform über 2003 hinaus.

Weitere Informationen:

Matthias Seiche

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Referent für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Nachhaltigkeitsstrategie

Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Tel. 030 / 275 86 – 433

Fax. 030 / 275 86 – 440

<mailto:matthias.seiche@bund.net>

---